

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inlerate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 4.

Sonnabend, den 26 Januar 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Wolfschlag-Langelshaus a. S.: Die Brüder Eichenberg und Westberg. Firma Strube. Jena: Granitbetrieb, Conradus. Lutter a. B.: Harzer Sandsteinbrüche. Oldenburg: Firma Högl (für Marmorwerkzeuge). Blankenburg a. S.: Die Brüder des Unternehmers Schönfeldt.

Erfurt. Platz Merkel streiken 17 Steinmetzen.

Luzern (Schweiz). Der Streik der Steinhauer dauert hier schon 29 Wochen und ein Ende ist noch nicht ersichtlich. Die Streikenden haben angefangen, nunmehr selbst Arbeiten zu übernehmen. Die Unternehmer verweigern jede Verkürzung der Arbeitszeit. Wir warnen deshalb alle Kollegen, im laufenden Jahre in Luzern Arbeit zu nehmen.

Der Zentralvorstand der Schweiz.

Dänemark. Da die Arbeitsverhältnisse zwischen den Steinhauermeistern und den Marmorwerkzeugmachern in Kopenhagen noch nicht geordnet sind, bitten wir jeden Marmorwerkzeugmacher und Steinhauer nicht nach Kopenhagen zu kommen, bis an dieser Stelle mitgeteilt wird, daß die Angelegenheit geregelt ist. Ein deutscher Steinmetz namens Wilhelm Berdir ist auf Rechnung eines Kopenhagener Meisters in Hamburg, Bremen, Moskau usw. auf der Suche nach geeigneten Arbeitskräften. Bis jetzt ist es ihm noch nicht gelungen, deutsche Kollegen nach Kopenhagen zu schaffen. Schriftliche Anfragen seitens der Zahlstellen des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes werden sofort beantwortet.

C. Nyrup, z. Z. Vorsitzender,
Kopenhagen, Sundvedsgade 30, III.

Zur Beachtung. An verschiedenen Orten befinden sich unsere Kollegen in Tarifverhandlungen bzw. in Lohnbewegungen. Es ist nun unumgänglich, auch nicht angebracht, alle diese Orte zu publizieren. Unsere reisenden Kollegen ist deshalb dringend anzuraten, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich jedesmal bei der örtlichen Verwaltung zu erkundigen. An jedem Ort muß dieses beachtet werden.

Interessenkampf und revolutionärer Kampf.

Der Kampf, den die Arbeiterklasse für ihre Interessen führt, ist zugleich ein revolutionärer Kampf. Weshalb das so sein muß, scheinen viele unserer Gegner nicht zu begreifen — wenigstens theoretisch nicht, denn praktisch fühlen sie wohl, daß es keine Phrase ist, wenn die Sozialdemokratie die Revolution, den Umsturz der heutigen Produktionsweise als ihr Ziel nennt. Aber weil sie es theoretisch nicht begreifen, machen sie kampflose Versuche, uns einzureden, daß dieses revolutionäre Ziel sich mit einer wirklich praktischen Interessenpolitik nicht verträgt. Die Arbeiterklasse, so sagen sie, hat das nämliche Recht wie jede andre Klasse, ihre materiellen Interessen zu verteidigen, und das Recht, einen Interessenkampf zu führen wider andre Klassen, soll ihr völlig unbehindert zuerkannt werden. Aber sie soll dabei auch die Rechte der andern Klassen anerkennen, und nicht die politische Meinherrschaft erobern wollen, um sie zu revolutionären Zwecken zu mißbrauchen; dadurch ruft sie nur den Widerstand aller andern Klassen gegen sich empor und schädigt ihre eignen Interessen, anstatt sie zu fördern.

Solche Ansichten findet die Arbeiterklasse nicht in der Praxis sich gegenüber; da bemerkt sie gar nichts davon, daß ihr Interessenkampf als berechtigt anerkannt wird. Es ist schließlich nur das Gerede einflussloser Schwächer; da es aber unklare Köpfe, die unsern Kampf sonst sympathisch gegenüberstehen, verwirren könnte, soll hier der Zusammenhang von Interessenkampf und revolutionärem Kampf näher beleuchtet werden.

In jeder Gesellschaft, wo Klassengegenstände bestehen, findet sich auch ein Klassenkampf. Was ist die Ursache, was ist der Gegenstand des Kampfes? Weshalb können sie nicht friedlich nebeneinander leben? Jede Klasse sucht sich eine möglichst gute Existenz zu verschaffen; sie kann aber ihre Lebenshaltung nur verbessern auf Kosten anderer Klassen, weil die Masse des gesellschaftlichen Produkts beschränkt ist. Selbstverständlich könnte durch bestimmte Maßnahmen diese Masse so vergrößert werden, daß jede Klasse davon Profit hätte; aber eine solche vernünftige Beeinflussung der Produktion setzt ein Maß von gesellschaftlichem Bewußtsein voraus, das erst unter dem Sozialismus verwirklicht werden kann; da verbessern die Menschen durch bewußtes Zusammenwirken die Lebenshaltung aller. In den bisherigen, in Klassen gespaltenen Gesellschaftsordnungen ist eine solche bewusste Zusammenarbeit ausgeschlossen, und die Klassen ringen müßig miteinander, um ihren Teil an dem feststehenden Gesamtprodukt auf Kosten der andern zu vergrößern.

Der Gegenstand des Kampfes ist also die Verteilung der Produktemasse, die bei der bestehenden Gesellschaftsordnung produziert wird. Jede Produktionsweise hat ihre bestimmten, teils automatische, teils willkürliche Verteilungsregeln.

Die Höhe des Lohns im Verhältnis zu dem ganzen vom Arbeiter hergestellten Produktwert gibt die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts zwischen Arbeiterklasse und Ausbeuterklasse an. Der Zinsfuß bestimmt den Anteil des Geldkapitalisten; durch Einfuhrzölle auf Lebensmittel sichern sich die Agrarier eine Einkommenserhöhung, die von Fabrikanten oder Arbeitern getragen wird, je nachdem gleichzeitig eine Lohnerhöhung eintritt oder nicht. Diese Kämpfe um den Anteil im gesellschaftlichen Totalprodukt sind also reine Interessenkämpfe, und die Arbeiterklasse hat darin für ihre Interessen geradezu mitzukämpfen wie die andern. Zwar trifft es nicht zu, was die liberalen Theoretiker von der Gleichartigkeit dieses Kampfes der Arbeiterklasse mit den andern Interessenkämpfen behaupten. Die andern Klassen, um die es sich hierbei handelt, kämpfen miteinander um die Verteilung des Mehrwerts, den sie der Arbeiterklasse gemeinsam abnehmen; deshalb stehen sie meistens gemeinsam dem Proletariat gegenüber, so wie eine Ausbeuterklasse dem Ausgebeuteten gegenüber stets eine solidarische Masse bildet.

Die Arbeiterklasse muß also auch bei diesem Interessenkampf allen andern Klassen gegenüberstehen. Sie muß versuchen, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ihre Lebenshaltung möglichst zu verbessern, und sie schmälert dabei nicht einmal den Anteil ihrer Gegner, weil unter dem Kapitalismus das Gesamtprodukt fortwährend schnell wächst. Diesen Kampf führen die Gewerkschaften. Eine Arbeiterklasse, die bisher ohne Bewußtsein ihrer Lage dahinlebte, zum erstenmal sich zu Widerstand erhebt, stellt sich auch zuerst auf diesen Standpunkt der Gleichberechtigung mit andern Klassen. Sie will nicht weniger sein, sondern den nämlichen Anspruch haben, ihre Interessen zu vertreten und ihre Lebenslage innerhalb der bestehenden Ordnung zu verbessern. Weitere Ziele steckt sie sich dann noch nicht, höhere Interessen kennt sie noch nicht. Dies ist auch der Standpunkt der liberalen Gewerkschaften. Von diesem Standpunkt wird die bestehende Gesellschaftsordnung genommen, wie sie augenblicklich ist, ohne ihre Entwicklung zu beachten. Deshalb können auch allein diejenigen bei diesem Standpunkt beharren bleiben, die den Kapitalismus als ewig betrachten und keine Entwicklung anerkennen, also die Liberalen. Für diejenigen jedoch, die die Gesellschaft als einen sich entwickelnden Organismus kennen lernen, enthält dieser Standpunkt nur eine halbe, unvollkommene und beschränkte Wahrheit.

Die Entwicklung der Gesellschaft bringt Änderungen in die ökonomische Struktur und deshalb auch Änderungen in den Charakter, die Bedeutung und das gegenseitige Verhältnis der Klassen. Die allmähliche Entwicklung des Kapitalismus hat zuerst die Bourgeoisie zur bedeutendsten Klasse gemacht, den Feudaladel zu einer nutzlosen Parasitenklasse herabgejeht und nachher aus der Bourgeoisie eine Schicht von Großkapitalisten vorangeschoben. Jetzt, in den Herbsttagen des Kapitalismus, ist das Kleinbürgertum wirtschaftlich bedeutungslos geworden, während das Proletariat immer an Bedeutung gewinnt. Im allgemeinen kann man sagen, daß durch die ökonomische Entwicklung einige Klassen an Macht und Bedeutung gewinnen, andere verlieren; jene werden in eine führende Stellung gedrängt, die andern davon zurückgetrieben. Die Ersten stehen daher dieser Entwicklung sympathisch gegenüber und suchen sie möglichst zu fördern; sie sind fortschrittliche Klassen; die andern stehen der Entwicklung feindlich gegenüber und suchen sie — vergebens — zu hemmen; diese sind reaktionäre Klassen.

Durch diese Entwicklung erhält der Klassenkampf eine neue und höhere Bedeutung. Es handelt sich jetzt nicht mehr allein um die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts, sondern um die Herrschaft über die Gesellschaft. Selbstverständlich ist immer das materielle Interesse die treibende Kraft in diesem Kampfe, aber nicht in dem schmutzig-beschränkten Sinn, der ihm anhaftet, wenn er nur geführt wird, um von dem gegenwärtigen Gesamtprodukt etwas mehr für sich zu gewinnen. Das materielle Interesse tritt hier weiterbildend, revolutionierend, also gleichsam in idealer Verkleidung auf, indem es die emporkommenden Klassen dazu treibt, sich der Herrschaft zu bemächtigen und diese zur Förderung der gesellschaftlichen Entwicklung zu benutzen. Dann tritt die fortschrittliche Klasse als revolutionäre Klasse auf, wie es die Bourgeoisie zu wiederholtenmalen in der Geschichte getan hat. Weil sie dann fühlt, daß ihr Streben durch die Entwicklung der materiellen Dinge selbst unterstützt wird, und durch die Bedürfnisse des Fortschritts geboten wird, fühlt sie sich frisch, stark und hoffnungsfreudig und durch ihren materiellen Interessenkampf weht der Hauch einer großen geschichtlichen Kulturtat.

Demgegenüber erscheint der Kampf der andern Klassen dann um so schmutziger. Nicht nur, weil er bloßer Interessenkampf um den nackten Geldvorteil ist, ohne höheren Zug; sondern er ist noch schlimmer: er versucht, für dieses beschränkte Interesse den großen und notwendigen gesellschaftlichen Fortschritt aufzuhalten. Durch dieses doppelte Odium belastet, ist es kein Wunder, daß die besten Charaktere und die besten Köpfe aus ihrer Mitte ihr den Rücken wenden, um sich der revolutionären Klasse anzuschließen. Was hier allgemein ausgeführt wurde, gilt jetzt für

den proletarischen Kampf. Das gesellschaftliche Getriebe ist nicht ein regelloses Durcheinander der verschiedensten Interessenkämpfe zwischen den vielen Klassen, die es jetzt gibt. Unter ihnen steht das Proletariat als revolutionäre Klasse, deren Interessen mit den Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung zusammenfallen, den bestehenden Klassen gegenüber, die eine reaktionäre Masse bilden. Die ökonomische Entwicklung drängt zur Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, welche die Aufhebung der Klassengegenstände und die Befreiung des Proletariats bedeutet. Sie wird daher von den bestehenden Klassen möglichst bekämpft und kann nur das Werk des siegreichen, zur Herrschaft gelangten Proletariats sein.

Die Arbeiterklasse wird durch ihre Erkenntnis der Ursachen ihrer elenden Lage und der Entwicklungsgeetze des Kapitalismus dazu geführt, die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel als Endziel auf ihre Fahne zu schreiben. Für sie ist der Kampf um ihre materiellen Klasseninteressen und der Kampf für den notwendigen Fortschritt der Gesellschaft, also für eine höhere Kultur, ein und derselbe. Die Ausbeuterklasse schließt sich durch diese Gefahr, die der ganzen Ausbeuterklasse droht, eng zusammen. Nicht im dem Sinne, daß sie den gegenseitigen Kampf um die Verteilung des Mehrwerts jetzt aufgibt; nein, denn sie weiß, daß morgen die Revolution noch nicht da ist, und jeder sich also noch für die nächste Zeit seinen Anteil sichern muß. Aber dieser Kampf tritt doch gegen die gemeinsame Gefahr zurück; gegen die Sozialdemokratie werden die bestehenden Klassen zu einer einzigen reaktionären Masse. Ihre Sache ist jedoch nur vom niedrigsten Interessentandpunkt zu verteidigen; die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung wird von ihnen nur im Interesse einer kleinen Parasitenklasse gefordert, die diesem Interesse den notwendigen Fortschritt der Gesellschaft zu einer höheren Kulturstufe opfern will. Deshalb ist es kein Wunder, daß ihre Sache immer mehr von einsichtslosen und tiefgefühlenden Menschen verlassen wird, daß die Sozialdemokratie immer mehr Anhänger gewinnt, und in ihrem Siegeslauf nur noch aufgehalten werden kann, indem über ihr Wesen bei den rückständigsten Bevölkerungsschichten unwahre Vorstellungen verbreitet werden.

Die gesellschaftliche Entwicklung bewirkt also, daß unser Interessenkampf zu einem revolutionären Kampf wird, und dieselbe Entwicklung sichert uns deshalb zugleich den Sieg in diesem Kampfe.

Schadensersatzanspruch außerhalb des Unfallversicherungsgesetzes.

Welch' beträchtlich höhere Summen durch den Kläger in einem Schadenersatzprozeß zugebilligt werden müssen, als in Unfallversicherungsprozessen, lehrt wiederum nachstehender vom Reichsgericht entschiedener Prozeß.

Als am Sonntag, den 7. Oktober 1900, abends kurz nach 6^{1/2} Uhr, der von Schlierbach gekommene Lokalzug 16a auf freier Strecke vor dem Einfahrtsignal der Station Karlstor angehalten hatte, damit die Schaffner — welche, wie es bei dem Lokalverkehr auf der fraglichen Strecke üblich war, die Fahrkarten im Zuge selbst an das Publikum verkauften — die Ausgabe der Fahrkarten in dem überfüllten Zuge beenden konnten, fuhr nach etwa 2 Minuten der Personenzug 126a von Schlierbach her auf demselben Gleise auf den Lokalzug auf. Es wurden über 100 Personen verletzt und sieben getötet. Der Kläger dieses Rechtsstreites, der Steinbrecher H., erlitt hierbei außer anderen leichteren Wunden eine Verletzung an der Stirn, eine Zerreißung der rechten Armbeuge und einen Bruch von drei Rippen. Im Krankenhaus traten bei ihm eine Rippenfellentzündung ein und später im Laufe der Behandlung geistige Störungen auf; er wurde in die Universitätsirrenklinik aufgenommen und späterhin (1904) in die Heil- und Pflanzengarten-Emmeningen verbracht. Nach dem Ausspruch der Ärzte ist er unheilbar geisteskranke. Der Kläger und seine Vertreter verlangen von dem badischen Eisenbahnfiskus eine jährliche Rente von 1800 M. seit dem 1. März 1902 sowie eine einmalige Entschädigungssumme von 20000 M. für den immateriellen Schaden (§ 847 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

Das Landgericht Heidelberg verurteilte den Beklagten zur Zahlung einer jährlichen Rente von 600 M. und wies die Mehrforderung des Klägers ab. Auf die Berufung der Kläger verurteilte das Oberlandesgericht Karlsruhe den Beklagten zur Zahlung einer Jahresrente von 1000 M. und erklärte auch den weiteren Anspruch auf die 20000 M. dem Grunde nach für berechtigt.

Gegen dieses Urteil hatte der beklagte Fiskus Revision eingelegt. Diese wurde jedoch vom VI. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen und das oberlandesgerichtliche Urteil bestätigt. Das Reichsgericht geht — wie das Berufungsgericht — davon aus, daß der badische Eisenbahnfiskus dadurch, daß er die Bäume auf offener Strecke trotz freier Fahrt halten ließ, nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet habe. Das so von der badischen Eisenbahnverwaltung geduldet und geförderte Verfahren habe im Widerspruch gestanden mit dem § 42 der damals geltenden Fahrdienstvorschriften für die großherzoglich badischen Eisenbahnen, welche genaue Einhaltung des Fahrplans verlange, und sei gefährlich gewesen. Darauf, daß die Vorschriften über die Einhaltung des Stationsabstandes (das Zugmeldeverfahren) von den Betriebsbeamten jederzeit pünktlich

erfüllt würden, habe sich die Verwaltung nicht ausschließlich verlassen dürfen, sie habe vielmehr mit der Möglichkeit eines Fehlers rechnen müssen. Alle anderen deutschen Eisenbahnerverwaltungen hätten das in Baden eingehaltene Verfahren gemieden. Die Sorgfalt, welche diese Verwaltungen ausnahmslos aufwendeten, sei deshalb die im Verkehr erforderliche und die als verfassungsmäßig berufenen Vertreter des Beklagten in Betracht kommenden badischen Beamten hätten durch Außerachtlassung jener Sorgfalt fahrlässig gehandelt und dadurch die Körperverletzung des Klägers mitverschuldet. Die Eisenbahnerverwaltung hat in der Revision geltend gemacht, daß die Wahrscheinlichkeit, der Stationsabstand würde nicht eingehalten und dadurch ein Zusammenstoß herbeigeführt worden, sehr gering sei und daß es keine Fahrlässigkeit sei, mit solchen Versehen der Beamten nicht zu rechnen. Das verwirft jedoch das Reichsgericht. Es führt noch weiter aus, daß der beklagte Fiskus eine von dem Betriebsinspektor in Heidelberg zugelassene Betriebsrichtung nach Maßgabe der §§ 81, 89 des Bürgerlichen Gesetzbuchs privatnützlich zu vertreten habe. Wenn das Verfahren des Betriebsinspektors ein fahrlässiges war, so würde die Verantwortlichkeit des Beklagten für die Handlungsweise des Betriebsinspektors der Bahnbehörde nicht dadurch ausgeschlossen, daß dieses Verfahren des Betriebsinspektors der Bahnbehörde bekannt und von dieser geduldet wurde. (Vorwärts.)

Metten im Winter.

Als die hiesigen Steinarbeiter im Frühjahr v. J. den ersten Versuch machten, sich zu organisieren, um der willkürlichen Ausbeutung einen Riegel vorzuschieben, wurde von Arbeitgeberseite angedeutet: „Wenn den Steinarbeitern die Organisation gelingt, dann müssen sie im Winterhalbjahr verhungern“. Diese echt christliche Aeußerung der „Brotherren“, welche bereits mitterten, daß der Nebbach, den sie Jahr für Jahr gemacht, nunmehr verringert werden könnte, hat zum Ausblühen der Zahlstelle nicht wenig beigetragen. Die Steinarbeiter Mettens sind jetzt bis auf wenige Klauen organisiert. Bereits im Sommer des verfloffenen Jahres sah der größte Gegner der Arbeiterkoalition sich veranlaßt, dem Winter vorzugreifen und zur Zeit der Hundstage die angebotene Hungerruhe vorzunehmen. Fünfzehn bis zwanzig Steinarbeiter sollten den Riemen enger schnallen. Die „glänzende Entlohnung und eben solche Behandlung war die Veranlassung. Doch der Herr wurde sehr freundlich und schrumpfte zusammen. Ueber die Behandlung war nicht mehr zu klagen. Raum aber fielen die Schneeflocken und der Winter mit seinen Särednissen für die Proleten hielt seinen Einzug, überall die Situation beherrschend, schwoh auch flugs unsern Widersachern der Kamm, und auch sie fühlten sich als Herren der Situation. Bei der Entlohnung wurde den Arbeitern dieses in fühlbarer Weise vordemonstriert. Es sei gestattet, hier einige Fälle anzuführen. Ein Kollege arbeitete längere Zeit an einem Werkstück, mußte es dann ohne sein Verschulden (wir haben dieses ausdrücklich hervor) liegen lassen. Eine Bezahlung für die geleistete Arbeit erhielt er jedoch nicht. Bei einem zweiten Werkstück wurde in gleicher Weise verfahren. Erst nachdem man bemerkte, daß die Organisation sich dieser Vorgänge annahm, ließ man sich, vielleicht in Erinnerung an voriges Jahr, eines Besseren belehren. Der betreffende Kollege konnte dann sein Stück fertigstellen, doch einige Arbeitsstunden waren als Verlust zu buchen. Auf diese schikanöse Weise werden Familienväter mit 4—5 Kindern alle 14 Tage mit 10 bis 15 Mark nach Hause geschickt. — Wir fragen nun, ist es möglich, mit diesem Bettelbrot eine Familie über Wasser halten zu können? Nach einer Antwort hierauf mögen unsere Unternehmer selber auf die Suche gehen! Aber man vergleiche hiermit die Entrüstungsrufe der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse bei der Reichstagswahl, weil die Sozialdemokratie behauptet, diese Wahlen finden im Hungerkurs statt. Eitel Trug und Lug ist die Entrüstung dieser Gefättigten. Ein großer Teil der Arbeiter und ihre Angehörigen leiden ständig Hunger. Ja, es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, sie verhungern langsam. Auch die Steinarbeiter stellen hier von ein großes Kontingent, und unter diesem ist Metten mit vertreten. — Beim Jahreswechsel wurde ein Polier für langjährige treue Dienstleistung ausgezeichnet, und wenn wir nicht irren, auch dekoriert. Wir gönnen gewiß jedem, der das Bedürfnis hat, eine Auszeichnung; böse Arbeiterzungen behaupten aber, der Dekorierte habe während der langjährigen Dienstleistung sich nur ein Verdienst erworben — nämlich auf mögliche Art die Arbeiter schikanieren. Seitdem nun die Gnadenföhne geschienen, lebt der Jubilar von neuem auf und das Szepter wird in altgewohnter Weise über die Arbeiter gehoben. Ja, es scheint, als wenn noch mehr Fortschritte hineingekommen wäre, denn kürzlich drohte er einem jugendlichen Arbeiter — Schläge an. Es ließen sich noch mehr Fälle anführen. Doch es hieße unverschämte, den Raum des Steinarbeiters noch länger in Anspruch zu nehmen. Unsere Kollegen allerorts könnten aus eigener Erfahrung die Fälle zu einer endlosen Kette vermehren, welche mit rücksichtsloser Gewalt die Arbeiter einkreist. Auch die Steinarbeiter Mettens haben begriffen, daß diese Kette gesprengt werden muß und wird, indem die Organisation ausgebaut und ausgedehnt wird.

Korrespondenzen.

Berlin I. Am 13. Januar fand die schlecht besuchte Generalversammlung in den Arminhallen statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab eine Einnahme inkl. Bestand von 14 176.18 Mark. Dieser steht eine Ausgabe von 642.63 Mark gegenüber, so daß sich ein Bestand von 9533.55 Mark ergibt. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Aus dem gedruckten vorliegenden Jahresbericht des Vorstandes ist zu erwähnen, daß das verfloffene Jahr ein Kampfesjahr im wahren Sinne des Wortes war. Zur Durchführung des Tarifes, resp. schriftlichen Anerkennung, wurden sechs partielle Streiks erfolgreich geführt. Weiter waren fünf Solidaritätsstreiks und zwei Aussperrungen zu verzeichnen. Für Streikunterstützung wurden im Berichtsjahre 1914.18 Mark, Kranken- resp. Sterbeunterstützung 1085 Mark an 15 Kollegen vorausgab. Die Zahl der Mitglieder stieg von 487 auf 688. Trotz der 195 Mitglieder, welche dem Verbande zugeführt wurden, sind noch eine ganze Anzahl Kollegen zu organisieren. Da am Jahreschluss eine Anzahl Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande waren, beschloß die Versammlung, alle Restanten, die bis Ende dieses Monats ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen, nach § 3, Abs. 5 des Statuts, zu freich-n. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Ernst Winkler,

Gleimstraße 36 v. II, als 2. Vorsitzender Jul. Simon neugewählt, während die übrigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden. Gegen eine Stimme beschloß die Versammlung den Ausschluß des Steinmeßers Friedrich Gesser (Verbandsnummer 570) wegen mehrfacher Denunziationen, die die Entlassung einiger Kollegen betrafen, zu beantragen. Der Steinmeß Franz Fischer erhielt wegen seiner schloßen Handlungsweise beim Streik der Firma Schöber eine Rüge. Als Wahlbeitrag wurden der Kartellkasse 60 Mark, dem Kollegen Staudinger für seinen Wahlkreis 40 Mark überwiesen. Als Beisitzer zum Innungsgerichtsgericht fungieren die Kollegen Oskar Müller und Wilhelm Gorgs. Alsdann wies der Vorsitzende noch auf die bevorstehende Reichstagswahl hin und forderte die Kollegen auf, sich zahlreich an der Wahlarbeit zu beteiligen, besonders am Wahltag sich der Partei zur Verfügung zu stellen und ihre Stimmen nur den einzig wahren Volksvertretern, den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, zu geben.

Berlin II. Am 16. Januar fand im Englischen Garten unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer verlas den Vierteljahres- und Jahresbericht, letzterer lag gedruckt vor. Die Einnahme im 4. Quartal betrug inklusive Bestand 3172.51 Mark. Ausgaben waren 2618.95 Mark zu verzeichnen, bleibt Bestand 553.56 Mark. Die Jahresrechnung bilanziert mit 7248.60 Mark Einnahme und 6879.26 Mark Ausgabe. Der Kassierer erklärte, daß wir einen Bestand von wenigstens 1100 Mark gehabt hätten, wenn der Streik bei der Deutschen Steinindustrie nicht zu verzeichnen war. Hätte jeder Kollege seine Extraneuern entrichtet, wäre das Resultat ein besseres. Leider seien es noch verschiedene, die bis jetzt keine bezahlt haben. Viel Kosten verursache uns die Zustellung des Steinarbeiters an die einzelnen Kollegen. Im Berichtsjahr wurden dieserhalb 27.36 Mark für Porto ausgegeben. Die Mitgliederbewegung war wie folgt: Neu eingetretene sind 109, zugereist 57, Mitgliederbestand am 31. Dezember 1905 203, Summa 369 Mitglieder. Gestrichen als Restanten wurden 55, abgereist 22, ausgestreut 2, ausgeschieden 1, zum Militär 4, gestorben 2, Summa 86 Mitglieder. Bleibt ein Mitgliederbestand von 283. Krank waren 64 Kollegen mit 134 Wochen. Die Aufnahme einer Statistik über die Zugehörigkeit der Kollegen zur politischen Organisation, resp. welche Zeitung dieselben halten, hatte folgendes Ergebnis: An der Statistik beteiligten sich 178 Kollegen, von diesen gehören dem Wahlverein an 74. Wohnorten des Vormarsch sind 101, außerdem lesen die Märkische Volkszeitung 1, die Dresdner Arbeiterzeitung 1, bürgerliche Zeitungen halten 34. Keine Zeitung lesen, resp. haben keine Angaben hierüber gemacht 41 Kollegen. Kollege Junz sprach im Namen aller dem Kassierer seinen Dank aus für die Mühe, die derselbe sich bei der Zusammenstellung der Jahresabrechnung gegeben habe, und sprach den Wunsch aus, daß von jetzt ab jede Jahresabrechnung so detailliert ausgearbeitet werde, denn man habe einen schönen Ueberblick über die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Quartalen und auch vom ganzen Jahr. Die Revisoren bestätigten, daß Kasse und Bücher stets in bester Ordnung gefunden wurden. Darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Chr. Döngemach, 2. Herrn. Wolf, Schriftführer R. Rohlitz, Kassierer Otto Beu, und zu Revisoren Ad. Wolf und H. Thies. Der von der Agitationskommission und mit Einverständnis des örtlichen Vorstandes eingesetzte Kassierer für Weizensee wurde von der Versammlung gutgeheißen und beschlossen, demselben pro Quartal 10 Mark für seine Bemühungen zu überweisen. Kollege Klud fordert die Anwesenden auf, dem neuen Vorstand die Sache nicht schwer zu machen, sondern diesem in allen Sachen zur Seite zu stehen. Nachdem Beu und Döngemach sich für das ihnen geschenkte Vertrauen bedankt, forderte letzterer die Kollegen auf, sich am 25. Januar, dem Tag der Reichstagswahl, der Partei zur Verfügung zu stellen, und wo es irgend möglich, schon von Mittag an die Arbeit ruhen zu lassen, denn bei der Wahl gebe es genug Arbeit. Vor allen Dingen erwarte er aber, daß jeder wahlberechtigter Kollege seine Stimme abgebe, und nur einem Sozialdemokraten, denn andere Parteien vertreten die Interessen der Arbeiter nicht. Ein vom Kollegen Baulikat gestellter Antrag, der Partei 50 Mark zum Wahlfonds zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Nunmehr entspann sich eine sehr lebhaft Debatt über die Frage, ob die Kollegen, die während des Streiks bei der Deutschen Steinindustrie arbeitslos oder krank waren, verpflichtet sind, die Extraneuern zu entrichten. In der letzten Versammlung war nämlich der Beschluß gefaßt worden, die streikenden Kollegen mit 6 Mark pro Woche außer dem im Statut festgesetzten Höhe noch extra zu unterstützen. Zur Deckung der Unkosten wurde beschlossen, eine Extrasteuer von 1 Mark pro Woche und Mitglied zu erheben, und zwar so lange, bis die Unkosten gedeckt sind. Mehrere Kollegen, die nun während des Streiks arbeitslos und krank waren, wollten sich diesem Beschluß nicht so ohne weiteres fügen. Die Angelegenheit wurde zwecks gründlicher Aussprache der vorgeschrittenen Zeit halber bis zur nächsten Versammlung vertagt. Desgleichen die Regelung des Abtempels bei Arbeitslosigkeit. Recht abfällig wurde das Verhalten der Kollegen von Berlin I kritisiert. Beim Streik bei der Deutschen Steinindustrie waren auch Kollegen von Berlin I beteiligt. Es wurde nun unsterblich angeregt, ob Berlin I gewillt sei, seine Unkosten zu helfen, sei es durch Sammellisten oder durch Gewährung einer Summe aus ihrer Kasse. Doch weit gefehlt; die Sammellisten kamen leer zurück. Und als der Vorsitzende von Berlin I in ihrer Vorstandssitzung beantragte, uns eine größere Summe zu bewilligen, wurde ihm gesagt, daß wir uns erst an den Gedanken der Verschmelzung gewöhnen sollten, wir wären noch zu rückständig in unseren Ansichten. Es gab also nichts. Na, wir werden ja das Geld auch allein aufbringen. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, am 25. Januar ihre Schuldigkeit zu tun, schloß der Vorsitzende die ziemlich gut besuchte Versammlung.

Anmerkung des Schriftführers: Wie aus der obigen Jahresabrechnung zu ersehen, hat sich der Kassenbestand und auch die Mitgliederzahl bedeutend erhöht. Dieses muß für uns ein Ansporn sein, unsere Zahlstelle immer weiter auszubauen, bis auch der letzte Mann dem Verbande angehört. Aber nicht genug damit, auch politisch muß jeder organisiert sein. Aus der obigen Statistik ist zu ersehen, daß hier noch sehr viel zu wünschen übrig ist, denn von den an der Statistik Beteiligten, gehört noch nicht die Hälfte dem Wahlverein an! Es ist dieses beschämend für uns! Doch noch beschämender ist es, wenn von 178 an der Statistik Beteiligten, noch 34 Kollegen bürgerliche Zeitungen abonnieren. Hauptächlich ist es die sogenannte „Mottenpost“ (Berliner Morgenpost), die von den meisten gelesen wird. Es ist dieses eine Zeitung, die auf der einen Seite die Arbeiterfreundlichkeit markiert, auf der andern Seite liest man das Gegenteil. Diese Zweifelhäftigkeit besitzen auch die betreffenden Kollegen, die eine solche Zeitung halten. Durch Eintritt in ihre Organisation kämpfen sie für ihre Klasse, und andererseits unterstützen sie durch Abonnement die Presse, der die Interessen der Arbeiterklasse — Wurscht ist. Kollegen! Laßt diese Zeitung beiseite und abonniert auf den Vormarsch, es ist dies das einzige Blatt, welches eure Interessen vertritt.

Am 2. Februar findet im Englischen Garten unsere diesjähriger Maskenball statt. Sorgt für recht rege Beteiligung. Billets müssen bis spätestens am Sonntag, den 10. Februar, bei Glauze, Krausenstraße 18, verrechnet werden, widrigenfalls dieselben ab verkauft werden.

Dreslau I. Am 16. d. M. fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung wies fünf Punkte auf. Zum ersten Punkt der Tagesordnung er-

stattete der Kassierer Otto Haberland den Kassenbericht vom 4. Quartal. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Robert Müller, 2. Vorsitzender und Schriftführer Berth. Dammer, Kassierer: Otto Haberland, Revisoren Karl Barcal und Paul Fiedler, Kartelldelegierter Gustav Kulle, Bauarbeiterkommission Karl Golle. Zur Tarifverhandlung wurden acht Kollegen gewählt. Es wurde zur Sprache gebracht, daß immer noch viele Fremde hier Arbeit nehmen, trotz der vielen arbeitslosen, verheirateten Kollegen. Eine Bildhauerversammlung, wozu sämtliche Kollegen eingeladen sind, ist angefaßt, um Bildhauer und Stukkateure zu unterstützen, weil die städtischen Arbeiten nach auswärts vergeben werden und keine Rücksicht auf die hiesigen Steuerzahler genommen wird. Zur Schweidnitzer Gaufonferenz gab Kollege Müller verschiedene Erläuterungen. Müller wurde als Delegierter bestimmt. Zur Reichstagswahl wurde beschlossen: von Mittag ab die Arbeit ruhen zu lassen und recht zahlreich an der Wahlarbeit teilzunehmen. Zur materiellen Unterstützung der Reichstagswahl wurden 10 Mark bewilligt. Zum Schluß kritisierte der Kassierer die faumfälligen Kollegen, welche sehr im Rückstande sind. Diese wurden aufgefordert, bald die Sache zu regeln, widrigenfalls sie gestrichen werden. Diese wurden zur Kenntnis der Versammlung gebracht.

Bühlberg. Am 20. Januar fand in Eberhartsberg unsere erste Generalversammlung statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Kollege Nachhörndl den Vorstandsbericht, aus welchem zu entnehmen war, daß sich seit dem halbjährigen Bestehen unsere Zahlstelle gut entwickelte und einen ansehnlichen Mitgliederbestand aufzuweisen hat. Leider haben wir Kollegen zu verzeichnen, welche wohl ihre Beiträge bezahlen, aber sich niemals in einer Versammlung sehen lassen. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht, welcher von den Revisoren für richtig erklärt wurde. Dann wurden die Neuwahlen vorgenommen und folgende Kollegen gewählt: als Vorsitzender Joseph Sulzinger, als Kassierer Kaver Nachhörndl, als Schriftführer Johann Röminger, als Revisoren Stadler und Sommer. Bei Punkt Verschiedenes wurde der Uebertritt in die zweite Beitragsklasse beschlossen und der Kassierer beauftragt, in dieser Angelegenheit mit der Zentralkommission in Verbindung zu treten. Dem Wahlverein Raffau wurden 10 Mark aus der Kasse bewilligt. Dann wurde noch auf die am 25. Januar stattfindende Reichstagswahl hingewiesen, und die Kollegen aufgefordert, sich an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten Gastwirt Holl-Passau zu geben. Zum Schluß erwähnte noch der Vorsitzende die Kollegen, auch in diesem Jahre dem Verbande gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen und nicht im Beitragszahlen zu erlahmen. Denn ohne Pulver kein Krieg, ohne Kampf kein Sieg.

Duisburg. Am 20. Januar fand eine gutbesuchte Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftliches; 2. Vorstandswahl; 3. Reichstagswahl; 4. Verschiedenes. Im Punkt Geschäftliches wurden die Kollegen ermahnt, ihre Beiträge in Ordnung zu bringen. Im Punkt Vorstandswahl wurde Kollege Heinrich Brahm als erster, Kollege v. Rhschw als zweiter Vorsitzender, Kollege Christian Kopp als Kassierer und die Kollegen Deutsch und Schaffach als Revisoren gewählt. Betreffs der Reichstagswahl betonte Kollege Brahm, daß wir bei der diesjährigen Wahl alle Kräfte anspornen müssen, damit dem Wahlkreis Duisburg-Mülheim, der überwiegend mit Arbeitern bevölkert ist, nicht ein Wischmaschandidat aufgehaßt wird, sondern am 25. Januar dafür zu arbeiten, daß ein Sozialdemokrat als Vertreter nach Berlin geschickt wird. Es wurde der Antrag, der Wahlkommission für die Kosten der Wahl 20 Mark zu bewilligen, angenommen. Im Punkt Verschiedenes wurde betont, daß auf den Werkplätzen das Bubenrecht wieder eingeführt ist und darauf verwiesen, daß die einzelnen Klöße einen Aufgefallen zu wählen haben, der die Kollegen bei eventuellen Streitigkeiten oder Lohn Differenzen zu vertreten hat. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß fünf Kollegen von Krefeld am hiesigen Orte arbeiten, ihre Beiträge aber nach Krefeld bezahlen. Der Vorstand in Krefeld wird ersucht, die Kollegen an die Zahlstelle Duisburg zu überweisen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Düsseldorf I. Im ersten Punkt schilderte unser Vorsitzender die Lage des jetzigen Wahlkampfes und forderte die Kollegen auf, alles daran zu setzen, daß am 25. Januar das rote Banner über Düsseldorf wehe. Bei einer hierauf stattgefundenen Sammlung für den Wahlfonds gingen 9.05 Mark ein. Des weiteren führte er noch an, daß die hiesigen Unternehmer sich bei den auswärtigen Unternehmern, welche hier am Orte Bauten ausführen, beschwerten, weil dieselben über den hiesigen Tarif bezahlten. Der Kommission wurde das weitere überwiesen. Im zweiten Punkte berichtete der Vorstand über seine Tätigkeit im verfloffenen Jahre. Es fanden statt: eine öffentliche, drei kombinierte und 24 Mitgliederversammlungen; außerdem mehrere Vorstandssitzungen und fünf Revisionen. Eingegangen sind 152 Briefe, abgefaßt bez. erledigt wurden 230 Schriftstücke. Die Einnahme beträgt 2169.— Mark, die Ausgaben 2015.92 Mark, bleibt ein Kassenbestand von 153.08 Mark. Die Zahlstelle führte im Sommer einen viertägigen Streik, wodurch ein Minimalstundenlohn von 60 Pfg. erreicht und die Affordarbeit gänzlich abgeschafft wurde. Es wurden auch im verfloffenen Jahre die Kontrollmarken eingeführt, was sich bis jetzt gut bewährt. Dem Kassierer wurde nach Bestätigung der Revisoren über die Richtigkeit der Kassenverhältnisse Decharge erteilt. Als bei der Neuwahl des Vorstandes Kollege Montermann auf die Wiederwahl als Schriftführer verzichtete, wurde Otto Krause an dessen Stelle gewählt. Vorsitzender und Kassierer blieben die bisherigen. Als Revisoren wurden Montermann und Gändler, zu Kartelldelegierten Krause und Schlör gewählt. Baudelegierter blieb Theobald und Statistiker Gändler. Zu Bezirkskassierern wurden die Kollegen Spieß, Kohl, Werhlen, Leuden und Brettnacher gewählt. Von der Versammlung aus wurde dann dem Vorstand noch besonders gedankt für die zahlreichen Mühen und Arbeiten, die er im verfloffenen Jahre mit opferwilligem Geiste zum Nutzen der Zahlstelle ausgeführt. Im Verschiedenen wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt. Dann erwähnte der Vorsitzende, in diesem Jahre tüchtig mitzuarbeiten. Aufgenommen wurden die Kollegen Thomas Pesh und Joseph Meth.

Frankfurt a. M. Dienstag, den 15. d. M., tagte unsere diesjährige, gutbesuchte Generalversammlung. Die Tagesordnung umfaßte fünf Punkte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Durrer in der üblichen Weise geehrt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Er hob dabei hervor, daß sowohl die Lohnbewegung der Gunstorbeiter wie der Streik der Bausteinmehnen zu unsern Gunsten erledigt wurden. Alsdann gab der Kassierer den Kassenbericht. Wir hatten eine Gesamteinnahme von 7010.11 Mark und eine Gesamtausgabe von 6850.61 Mark. Mitin verbleibt ein Kassenbestand von 1159.50 Mark. An die Zentralkasse wurden 3081 Mark abgefaßt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Vorsitzender Kollege Karl Schäfer, Kassierer Schloster Bachmann, Schriftführer Adolf Menges. Als Sonntagskassierer wurde R. Brahm, zum Ausschuß für Volksvorlesungen Wlondheim und Ragenstein gewählt. Bei Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhaft Debatt, da ein Antrag vorlag, das Eintrittsgeld inklusive einer Beitragsmarke auf 2 Mark zu erhöhen, welcher auch angenommen wurde. (Die Höhe des Eintrittsgeldes bestimmt der Verbandstag. Der Beschluß verstößt gegen das Statut, hat also keine Gültigkeit. Die Redaktion.) Für den Reichstagswahlfonds wurden 50 Mark bewilligt. Der Mitgliederbestand betrug am Jahreschluss 171.

Galle a. S. Am 15. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt, welche leider schwach besucht war. Zum ersten

Punkt: Vorstandswahl, wurden Otto Becker als Vorsitzender und Otto Kermer als Kassierer wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Friedrich Schmidt und Wilhelm Kühne gewählt, letzterer ebenfalls als Kartelldelegierter, und Paul Kupfernagel als Delegierter zur Bauarbeiterkommission. Die Abrechnung wurde genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Es ergab sich bei der Abrechnung, daß noch mehrere Mitglieder im Rückstand sind. Unter Verschiedenes wurde ein Fall vom Vize Söllinger besprochen. Es sind daselbst zwei Kollegen: A. Zimmer und Felix Hammer aus Leipzig, von welchen ersterer sich in ganz erbärmlicher Weise bei Herrn Söllinger angebetelt hat, nachdem etliche Wochen ausgefetzt worden war, und hat dann, angeblich schriftlich, 36 Stück Sobhbänke zu einem billigen Preise, erheblich unter Tarif, angenommen. Bei der Anfertigung ist ihm Hammer ein treuer Helfer. Die Versammlung beschloß, beide Gelder auszuschließen resp. dieses beim Zentralvorstande zu beantragen. Nachdem noch verschiedene interne Sachen zur Sprache gebracht worden, war die Versammlung beendet.

Langelshelm. Am 16. Januar fand hier im Verbandslokal die diesjährige Generalversammlung der Steinarbeiter von Langelshelm statt. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden. Im Punkt 1 der Tagesordnung gab der Kassierer seinen Kassierenbericht. Die Wichtigkeit desselben wurde von den Revisoren bestätigt. Im Punkt 2, Neuwahl der örtlichen Verwaltung, wurde Heinrich Gronemann als Vorsitzender, Wilhelm Zentler als Kassierer und Hermann Böse als Schriftführer wiedergewählt; als Stellvertreter für den ersten wurde Alfred Biermann, zu Revisoren Wilhelm Barte und Heinrich Kortmann, als Statistiker Karl Böse gewählt. Im Verschiedenen kam auch die Reichstagswahl in Erwähnung. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, sich zahlreich an der Reichstagswahl, sowie auch an der Kandidation zu beteiligen, und sich immer mehr der politischen Organisation anzuschließen, denn nur durch geschlossenes Vorgehen und festen Willen können wir zur Bekämpfung einer besseren Lebenslage gelangen. Es wurden aus der örtlichen Kasse 10 Mark dem Wahlfonds überwiesen. Darauf Schluß der Versammlung.

Leipzig. Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Geschäftsbericht des Vorstandes wurde richtig gesprochen und der Kassierer entlastet. In den Vorstand wurden die Kollegen Gustav Herrmann, Curt Risse, Walter Witzner, Hermann Haft und Hugo Fiedler, als Revisoren Emil Hermsdorf, Hermann Heiland und Otto Tempel gewählt. In die Verwaltung wurden gewählt: als Gauleiter Alfred Beumann, als Kassierer Hildegard Schütte und als Beisitzer Karl Holzweilig. Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten, sowie Bewilligung von 100 Mark zur Reichstagswahl wurde die Versammlung geschlossen.

Ludwigshafen am Rhein I. Am 13. Januar fand im Lokal Edelweis unsere Generalversammlung statt. Der Kassierenbericht ergab folgendes: Einnahmen 294.31 Mk., Ausgaben 223.32 Mk., Kassenbestand 70.99 Mk. Außerdem ist in der Privatkasse (?) ein Kassenbestand von 50.99 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 42. Die Abrechnung war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde für seine Buchführung Dank ausgesprochen. Bei der Neuwahl wurden folgende Kollegen gewählt: Vorsitzender Friedrich Steg, Kassierer Georg Kullmann, Schriftführer Philipp Fuchs, Revisoren Stephan und Heil, Beisitzer Sammit und Schöning, Statistiker Philipp Fuchs. Für den Reichstagswahlfonds wurden von der Verammlung 10 Mk aus unserer Privatkasse bewilligt. Das abgelaufene Jahr war für die Kollegen von Ludwigshafen ein ausnahmsweise schlechtes zu nennen. Verschiedene Kollegen mußten auswärts arbeiten, andere waren im Sommer viele Tage arbeitslos. Auf eine Anregung unseres Vorsitzenden im Gewerkschaftskartell, dahin zu wirken, daß die Arbeiten an einem Kaufhaus hier gemacht werden sollten, weil wir ja auch alles am Plage kaufen müssen, wurde vom Kartellvorstande dahin beantwortet, daß, wenn wir hier keine Arbeit hätten, so sollten wir auf das Land in die Bruchgebiete gehen. Der Kartellrat des Kartellvorstandes war überflüssig. Kollegen, welche schon 20 Jahre und darüber hier wohnen, zogen es vor, in die Fabrik zu gehen, als im Winter auf das Land und Hunger zu leiden. Aber dennoch halten wir fest und treu an dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands und bilden voll Vertrauen in die Zukunft.

Mainz. Sonntag, den 13. Januar, tagte im Goldenen Pfälz unsere diesjährige Generalversammlung, welche sehr gut besucht war. Der Vorsitzende gab in kurzen Zügen einen Rückblick auf das verfloßene Jahr. Seit Gründung unserer Zuchtstelle war letzteres für die hiesigen Kollegen das erfolgreichste und reichste. Mit großen Opfern konnten nach neunwöchigem Zustande die Steinmehrer ihre berechtigten Forderungen durchsetzen; der Tarif für Steinmehrer ist von fünf Meistern unterzeichnet, nur zwei Geschäfte, die Firmen Grünwald u. Köllner und Gebrüder Neres wollen diesen nicht anerkennen. Unter welchen Schwierigkeiten und mit welcher bedauerlichen Elementen wir während des Ausstands zu kämpfen hatten, beweist die Gerichtsverhandlung in Nr. 2 des Nachorgans. Die Kollegen der Markmorbrände haben ihren Lohnzettel, worin das Abfordersystem abgeändert wurde, ohne Arbeitsniederlegung durchgesetzt. Der Kassierer erstattete hierauf die Quartals- und Jahresabrechnung. Seitens der Revisoren wurde die Wichtigkeit bestätigt und dem Kassierer von der Versammlung Decharge erteilt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden folgende Kollegen in die örtliche Verwaltung gewählt: J. Schmidt, 1. Vorsitzender: G. Fuchs, 2. Vorsitzender; Ad. Jech, Kassierer; R. Korn, Schriftführer; P. Ungrich und G. Sohns, Revisoren. Als Kartelldelegierte wurden P. Ungrich und J. Schmidt, zum Delegierten in die Bauarbeiterkommission Kollege Ungrich, als Statistiker Kollege Unglaube und zum Fachblattverbreiter J. Bauer bestimmt. Ferner wurde mit Rücksicht auf die zentrale Krankenunterstützung beschlossen, unsere lokale Krankenunterstützung bei Inanspruchnahme der ersten aufzugeben. Die wöchentliche Beitragsleistung nun in derselben Höhe fortzuführen, wurde auf Antrag gegen eine Stimme angenommen. Nach Erledigung mehrerer örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit dem Wunsche, daß alle künftigen Versammlungen ebenfalls so stark besucht sein möchten wie die heutige, die erste Versammlung.

Mittweida. Am 20. Januar fand im Restaurant Rosengarten unsere Monatsversammlung statt. Der Kassierer erstattete Bericht über die Kassenverhältnisse der Zuchtstelle, deren Wichtigkeit die Revisoren bestätigten. Da der Bestand der örtlichen Krankenunterstützungskasse bis auf ein Defizit zusammengesunken ist, wurde beschlossen, den Beitrag um 10 Pfg zu erhöhen. In Punkt 2 und 3 kam die Maßregelung des Kollegen Herfurth zur Sprache, worüber sich sehr viele Kollegen ereiferten. Jedoch wurde zur Ruhe gemahnt und die Kollegen aufgefordert, den Weisungen des Zentralvorstandes zu folgen. Auch hier in Mittweida sieht man wieder, was die Herren Unternehmer im Schilde führen. Solange wir für wenta Geld arbeiten wollen, können wir bleiben und damit basta. Wer sich dagegen stemmt, wird hinaus befördert. Kollegen! Einen Teil dieser Brutalität können wir am 25. Januar heimsuchen, indem wir Mann für Mann mit dem Stimmzettel in der Hand rot wählen.

Mühlhausen. Am 12. Januar fand unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Abrechnung vom 4. Quartal, Jahresbericht und Neuwahl des Vorstandes. Der Kassierer gab seinen Kassierenbericht, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Nachdem noch der Vorsitzende einen ausführlichen Jahresbericht gegeben, wurde dem Gesamtvorstand Decharge erteilt. Zur Neuwahl des Vorstandes wurden, nachdem Kollege Friebe krankheitshalber sein Amt als erster Vorsitzender niederlegte, an dessen Stelle Kollege Hermann Wismann und Martin Gunkel als zweiter Vorsitzender, Kollege Kölmel als Kassierer, und Weimäder zum Schriftführer gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Wolf, Weimäder und Riech, als Kartelldelegierte Schaffner und Dächle gewählt. Ferner

wurde beschlossen, am Wahltag, den 25. Januar, die Arbeit nachmittags ruhen zu lassen, und verpflichteten sich die Kollegen, von denen bereits mehrere dem politischen Verein angehören, sich am Nachmittage der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung zu stellen. Weiter wurde beschlossen, 10 Mk. aus der Lokalkasse dem Wahlkomitee zu überweisen. Zum Schluß erforderte der Vorsitzende Kollege Wismann die Kollegen in einem warmen Appell sich an der Flugblattverteilung am kommenden Sonntag zahlreich zu beteiligen.

Mühlhausen I. Th. Dienstag, den 15. Januar, fand im Gemeindefestsaal unsere Monatsversammlung statt. Nachdem die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelesen, gab der Vorsitzende den Bericht über die Tätigkeit im verfloßenen Jahre. Diesem sei folgendes entnommen: Vorstandssitzungen haben 12 stattgefunden, Versammlungen fanden 17 statt; davon waren 10 Monats-, 3 außerordentliche und 4 gemeinsame Versammlungen mit Oberdorf. Die erste außerordentliche Versammlung bezog sich mit unserer Tarifrage; die zweite und dritte tagte wegen dem Streik in Oberdorf. In der Tarifbewegung haben 6 Sitzungen und 3 Verhandlungen mit dem Geschäft stattgefunden und wurden einige Punkte im Tarif aufgestellt. Die Oberdorfer Tarifrorderung führte uns in einen Sympathiestreit, der vom 18. Juli bis 1. September dauerte. Leider wurden vier Kollegen nach dem Streik hier nicht wieder eingestellt. Trotz wiederholtem Vorstellungsverbot ist bis jetzt nur einer in seine Stelle wieder eingerückt. Wochenstunden haben 22 stattgefunden, die zum Teil auch besser besucht sein konnten. Beim Punkt Agitation sei besonders über erwähnt, wo sich die Kollegen beim Tarifabschluß hierher um Rat wandten. Es wurde unser Tarif als Grundlage aufgestellt und gelangte derselbe mit Ausnahme einiger Punkte zum Abschluß. Die Oberwilligkeit der Kollegen war auch in diesem Jahre beachtenswert. Eine Liste für die ausgeperrten Oberdorfer Kollegen ergab 17.20 Mark, drei Listen für Kranke Kollegen 57.10 Mark, fünf Listen für nicht wieder Eingestellte 55.80 Mark, drei Listen zur Stadtverordnetenwahl 19.45 Mark, in Summa 149.05 Mark. Der 3. Punkt: Wie verhält es sich mit dem Gosseler Stein? zeitigte eine lange und lebhaft Debatte. Es wurde dann eine Kommission von vier Männern gewählt, die die Angelegenheit regeln soll. Dem Reichstagswahlfonds wurden aus der örtlichen Kasse 20 Mark überwiesen. Im Verschiedenen wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. Darauf Schluß der anregenden Versammlung.

Offenbach. Am Dienstag abend fand im Saalbau eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Im ersten Punkt verlas der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im 2. Punkt, Vorstandswahl, wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Neugewählt wurden die Kollegen Adam Bauck als zweiter Vorsitzender, als Revisoren Peter Braun, Philipp Balz und Hugo Walter. Als Kartelldelegierte wurden Adam Gehrig und Ludwig Schiffer und als Delegierte zur Bauarbeiterkommission Böhm und Walter gewählt. Als Gewerkschaftsbeisitzer wird Joseph Kirchgesser in Vorschlag gebracht. Hierzu erstattete der Delegierte vom Kartell Bericht und behandelte die bevorstehende Gewerkschaftswahl, ferner berichtete Genosse Heilmann über die Tätigkeit des Arbeitersekretariats. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, zwei Kollegen, die an der Berufskrankheit leiden, zu unterstützen. Dem Kollegen Johann Maffott wurden schon einmal 10 Mark aus der Kasse gewährt, da er jetzt kein Krankengeld mehr bekommt, bloß 16 Mark Invalidegeld pro Monat und eine starke Familie hat, wurden ihm weitere 6 Mark, und Adam Dorfman wurden als erste Unterstützung 10 Mark bewilligt. Zum Schluß forderte Kollege Quera die Kollegen nach auf, sich dem sozialdemokratischen Verein anzuschließen und sich jetzt wie am 25. Januar zur Agitation zur Verfügung zu stellen, damit der Sieg auf Seiten der Sozialdemokratie komme, der einzigen Partei, die die Interessen des ganzen werktätigen Volkes energisch vertritt.

Ordrus. Daß Arbeitern schon immer sehr bittig waren, ist eine allbekannte Tatsache, aber dennoch kann ich nicht unterlassen, einen mir passiertten Fall der Dessenlichkeit zu unterbreiten und einmal die noble Handlungsbelle der Firma Blöger ins rechte Licht zu stellen. Ende November hatte ich das Un Glück, durch Zerplatzen eines Steines schwer am Fuß verletzt zu werden. Am 11. Dezember 1906 meldete ich mich verabschiedet ab, doch nach einigen Stunden mußte ich die Arbeit wieder verlassen und mich weiter krank melden und konnte auch nicht früher wieder die Arbeit aufnehmen als am 14. resp. 15. Januar 1907. Nun, jeher gerecht denkende Chef würde sich freuen haben, daß der Unfall so glänzend verlaufen. Doch die Firma Blöger macht es anders, die gab mir einfach meine Invalidekarte und eine Abmahnbescheinigung, ausgestellt vom 11. Dezember 1906. Ein Kommentar hierzu erübrigt sich. Auch ein Beweis für das freundliche Entgegenkommen der Firma Blöger ist jedenfalls noch, daß fast alle Tage einmal zum Kubenrecht gegriffen werden muß um Differenzen zu erledigen. Wäre Crawinkel nicht so gut organisiert, wahrlich es läße traurig aus.

Pirna. Bei der Firma G. S. Neumann in Rottweindorf legten am 14. Januar sämtliche dort beschäftigten Steinmehrer die Arbeit nieder, weil man einen bis vor den Weihnachtstagen dort beschäftigten Kollegen, der wegen der üblichen Jahresinventur aussetzen mußte, nicht mehr einstellte, ohne ihm hierfür einen Grund anzugeben. Da nun bei dieser Firma Maßregelungen einzelner Kollegen, schikanöse Behandlung und Differenzen in der Berechnungsart des gültigen Tarifs (die auch voriges Jahr zu einem Ausstand führten) fast täglich zu verzeichnen sind, lag klar, daß hier wieder ein Kollege, der verschiedene Mißstände kritisiert hatte, bißen sollte. Ehe nun eine Kommission der Arbeiter bei der Firma vorstellig werden konnte, war der Unternehmer schon nach Berlin, um den Verband deutscher Steinmehrermeister ob dieses unerhörten Vorgehens mobil zu machen, und brachte dann von dort den Sekretär seines Verbandes gleich mit, welcher nun hier und in Dresden die andern Unternehmer auf die Schanzen rief. Am 16. Januar konnte nun die Kommission der Arbeiter mit dem Unternehmer verhandeln. Gründe, warum der betreffende Arbeiter nicht mehr Arbeit erhalten, wurden nicht angegeben. „Betrachten Sie es als eine Laune, ich lasse mir überhaupt keine Vorschriften machen, wenn ich heute 20 Mann einstelle und davon morgen 10 Mann wieder entlasse, geht das keinem Menschen etwas an!“ wurde der Kommission gesagt. Der Einwendung, daß er als Vorsitzender der Ortskrankenkasse Pirna doch soziales Verständnis und humanes Empfinden besitzen müsse, nickte nichts. Der nächste Herrenstandpunkt wurde hier in Natura vorgeführt. Am selben Tage fand noch eine gemeinschaftliche Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über den von letzteren geforderten Tarif und über die aufgestellte Lohnforderung statt, in der auch die oben erwähnte Angelegenheit zur Sprache kam, jedoch ohne ein Resultat zu erzielen. Gründe vom Arbeitgeber wurden abermals keine angegeben. Der Wunsch der Arbeiter, ein anwesender Arbeitgeber solle sich doch bereit erklären, den betreffenden Kollegen einzustellen, wurde mit Gelächter beantwortet. Gedroht wurde mit allgemeiner Aussperrung. Die Arbeit ist am 21. Januar wieder aufgenommen worden, Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Soweit der Vorgang. — Nun hat aber diese Firma es sich nicht nehmen lassen und ein Eingekand im Pirnaer Anzeiger veröffentlicht, das so richtig die Antipathie gegen die Arbeiter widerspiegelt. In diesem Blatte, wo aller gesammelte Schmutz gegen die Arbeiter abgeladen wird, fand folgendes Eingekand die liebevollste Aufnahme:

„Die Steinmehrer des Neumannschen Werkplatzes in Rottweindorf sind am vergangenem Sonnabend in den Ausstand getreten, weil ein nach Arbeit fragender Geselle (übrigens ein Tschache) keine Einstellung fand. Die Gesellschaft be-

steht darauf, die Gründe zu erfahren, die den Arbeitgeber veranlassen, den Mann nicht einzustellen. Hierzu sah sich aber der Pirnaer durchaus nicht veranlaßt. Zu welchen Folgerungen mühte es führen, wenn ein Meister jederzeit dem abgewiesenen Nachfragenden Gründe angeben könnte. Das naturgemäße Recht, sich seine Arbeitskräfte nach eigenem Ermessen auszuwählen, läßt sich die Meisterschaft auf keinen Fall rauben. Umgekehrt sucht sich ja auch der Arbeitnehmer nach freier Wahl einen Arbeitsplatz aus. Oder sollte das mit vielem Nachdruck ausposaunte gleiche Recht für alle nur für den Genossen begrenzten Nachhaber Anwendung finden? Trotz wiederholter langatmiger Verhandlungen beharrt die Gesellschaft starren Sinnes auf ihrem Standpunkt. Die Mitglieder des diesseitigen Arbeitgeberverbandes haben daher einstimmig den Beschluß gefaßt, morgen Sonnabend, den 19. d. M., ihre sämtlichen Leute zu entlassen. Damit werden zunächst über 180 Mann brotlos — brotlos durch den Starrsinn weniger Wortführer der Gewerkschaftsorganisation. Der Zentralverband der deutschen Steinmehrgeschäfte hat aber bereits weitere Maßnahmen, noch umfangreichere Aussperrungen, ins Auge gefaßt, wenn nicht ein Einlenken der Ausständigen erfolgt. Ob die Gewerkschaft nicht davor zurückschreckt, weitere Familien brotlos zu machen? Es ist diesmal keine Lohnforderung, sondern eine Nachfrage, die ausgetragen werden soll. Die Unentwegten wünschen den Handwerksmeister sich ganz unterwürdig zu machen, nicht er, sondern der Geselle will Herr im Hause sein. Vielleicht sieht mancher einfichtsbolle Geselle, wozu solche Zustände, solche terroristische Maßnahmen ihrer eigenen Organisatoren, ihrer Nachhaber führen. Sollten solche Zustände der Sozialdemokratie wirklich noch weitere Hilfskräfte zuführen?“

Dem ehrenwerten Epheer, dem Leser des Pirnaer Anzeigers, werden die Haare zu Berge gestiegen sein über die Frechheit der Gesellen. Ja, ja, diese werden immer frecher gegen ihren Brotherrn. Wie sich letzteres gespaßig anhört. — Was ist wohl mit der Bemerkung: „übrigens ein Tschache“, beabsichtigt von diesem „Brotherrn“? Die Antwort ist leicht. Der Ausländer hat sich läßtig gemacht. Ge, Polizei! Bedauerlich ist es auch, daß die andern Arbeitgeber sich unter die Vormachtigkeit dieses Herrn begeben haben, wenn Differenzen nicht ausbleiben, haben sie es nur dem Vorgehen dieses Herrn zu danken. Kollegen, auf jedem Werkplatz muß dieses Eingekand des Arbeitgebers ausgehängt werden zum bleibenden Gedächtnis.

Rosen. Am 13. Januar fand hier im Lokal des Gewerkschaftskartells eine Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Da unser bisheriger Vorsitzender wegen Mangel an Arbeit leider gezwungen war, abzureisen, wurde an dessen Stelle Kollege Jalincki gewählt. Von Seiten der Firma Oskar Böttger wurde unser Kassierer gemahregelt und ist ein Vorgehen unsererseits von der Versammlung wegen zu schlechter Geschäftsverhältnisse abgelehnt worden. Dem Gemahregelten wird eine wöchentliche Unterstützung aus örtlicher Kasse auf die Dauer von sechs Wochen bewilligt. Für den Neubau des königlichen Schlosses wurde Kollege Dupke als Platzkassierer gewählt. Zum Schluß kamen noch einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Roth a. Sand. Am 18. Januar fand im Lokal D. Rothelfer unsere Generalversammlung statt. Die Kollegen waren vollständig erschienen. Obgleich unsere Zahlstelle nur klein, so gibt sie doch Zeugnis von einem fröhlichen Zusammenhalten. Der Kassierenbericht wurde vom Kassierer Biehl erstattet. Die Einnahmen betragen seit Bestehen der Zahlstelle 186.71 Mark, die Ausgaben 155.34 Mark, bleibt Bestand 31.37 Mark. Die Kassenführung des Kollegen Biehl wurde von den Revisoren als gute bezeichnet und die Abrechnung anerkannt. Vorsitzender und Kassierer wurden wiedergewählt. Zum Schriftführer wurde Martin Reibel, zu Revisoren Wolf und Kirchgesser, als Delegierte ins Gewerkschaftskartell Morgeneier, Biehl und Kirchgesser gewählt. Dem Wahlfonds wurden aus der Lokalkasse drei Mark überwiesen. Ein Antrag, den wöchentlichen Beitrag um 5 Pfg. zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen, der Ertrag soll hauptsächlich für Kranke am Orte verwendet werden. Es wurde noch bekannt gegeben, daß der Kollege August Streub abgereist ist, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen. Mit einer künftigen Aufmunterung des Vorsitzenden, für unsere Organisation unausgesetzt tätig zu sein, waren die Verhandlungen beendet.

Speyer. Am 20. Januar fand im Lokal zum Römischen Kaiser unsere Generalversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1906; 2. Wahl des Vorstandes; 3. Bericht der Lohnkommission über die statthabende Sitzung mit den Arbeitgebern. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1906 bekannt, welche von den Revisoren geprüft und in besser Ordnung befunden wurde. Der örtliche Kassenbestand beträgt 61.85 Mark. Die Jahreseinnahme mit Kassenbestand betrug 540.98 Mark, die Ausgabe 479.13 Mark. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 25 Mann. Der Vorsitzende sprach dem Kassierer den Dank für seine Mühe und Arbeit aus. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: H. Jäger, erster, A. Semr, zweiter Vorsitzender; Fr. Breg, Kassierer; G. Schimpf, Schriftführer; ins Kartell wurde gewählt L. Andrae, zur Arbeiterkommission Fr. Höfner, als Verbreiter des Steinarbeiters und zugleich Hilfskassierer G. Schimpf, welcher pro Monat und Mitglied 10 Pfg. Vergütung erhält. Diese Extrazugabe soll im Laufe des Sommers durch einen Extrabeitrag gehoben werden. Eine längere Debatte entspann sich über den 8. Punkt, da drei von den hiesigen Steinmehrermeistern, G. Lauer, G. Müller und J. Lend, auch in die Fußstapfen ihrer pfälzischen Bundesbrüder treten und den Tarif zum 1. März gekündigt haben. Auf ihre Einladung zu einer Sitzung entzanden wir fünf Kollegen, das Resultat war, daß die Kommission den von den Meistern vorgeschlagenen Tarif (Kordtarif), welchen dieselben uns auf ein Jahr zur Probe empfahlen, ablehnte. Denn von solchem wilden Afford können wir hier ein Vieb fingen. Wir dürfen nur die Sterblichkeit der letzten Jahre in Betracht ziehen, wo die Kollegen im schönsten Mannesalter den Jhrigen enttriffen wurden und in den meisten Fällen Rot und Elend in der Familie zurückließen. Wir einigen uns dahingehend, vorläufig von unserer Seite aus alles ruhig treiben zu lassen, wir haben ja den Tarif nicht gekündigt und haben auch noch Zeit bis zum 1. März. Zwei noch am Plage befindliche Geschäfte haben den Tarif nicht gekündigt. Mit der Angelegenheit werden wir uns später noch befassen. Im Punkt Verschiedenes wurden 15 Mark für den Reichstagswahlfonds bewilligt, auch werden unsere Kommissionsmitglieder pro Sitzung mit 40 Pfg. entschädigt. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in 13 Mitgliederversammlungen und 7 Ausschusssitzungen erledigt, weiter fanden zwei öffentliche Versammlungen statt, auch kam der schon oft geäußerte Wunsch, daß, wenn von einem Kollegen von der Geschäftsleitung in der Umgebung Versammlungen abgehalten werden, uns auch mal zu berücksichtigen, zur Sprache; in den letzten Jahren war dies nicht der Fall. Möge die Geschäftsleitung diesem berechtigten Wunsche Folge leisten. Mit einem Mahnwort an die Gewählten, ihre Aemter gewissenhaft zu erfüllen und für ein gemeinsames Arbeiten mitzuhelfen, daß die uns auferlegte Bewegung zu unsern Gunsten ausfalle, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Stettin. Am Mittwoch, den 16. d. Mts., fand unsere ordentliche Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Zur Verhandlung standen: Kassierenbericht, Reichstagswahl und Verschiedenes. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen zur Eintracht in die Tagesordnung, mit den hier eingewurzelten Gebräuchen zu brechen und in den Versammlungen sich mehr der Geschäftsordnung zu fügen, ferner bei allen gepflogenen Diskus-

tionen nur das Allgemeininteresse im Auge zu haben. Durch gegenseitige Vorwürfe komme nur Zerwürfnis in unsre Reihen und der Zweck der Organisation könne nicht zur Ausführung kommen. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenerbericht. Da Einwendungen nicht erhoben wurden, wurde der Kassierer entlastet. Ein Antrag, zur Reichstagswahl der Partei resp. deren Wahlfonds 20 Mk. zukommen zu lassen, wurde angenommen. Es sollen dem Wahlfonds Stettin und Rando-Greifenhagen je 10 Mk. überwiesen werden. Im Verschiedenen wurde noch Lebhaft über die bevorstehende Reichstagswahl gesprochen. Die Bedeutung des 25. Januar war jedem Kollegen klar. Der Vorsitzende wies daraufhin, was bei dieser Wahl für die Gewerkschaften in Frage kommt und empfahl, Mann für Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten in Stettin, Fritz Herbert, zu stimmen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Stuttgart I. Am Sonntag den 18. Januar fand unsere Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung rügte der Vorsitzende den schlechten Verlauf der Versammlung; denn nicht mit Unrecht sagte er, daß es den Kollegen nicht zur Ehre gereiche, die paar Männlein, dazu noch in Reihen einer Lohnbewegung, eine Versammlung zu nennen. Im vergangenen Geschäftsjahr gab es sehr vieles zu erledigen. Mit Beginn der Arbeitslosigkeit wurde die Filiale in Steinenbrunn gegründet, welche noch besteht, doch eine pünktlichere Beitragszahlung wäre dort sehr erwünscht. Zu gleicher Zeit wollten wir in Wernbrunn und Umgebung die Organisation einführen. Doch der Erfolg blieb aus. — Grenzstreitigkeiten mit den Bildhauern in einem Fall wurden zur Zufriedenheit beider Organisationen erledigt. Ohne Tätigkeit ließ uns auch nicht der bekannte Meister Burre, trotz Anerkennung des Arbeitsvertrags und Mitglied des Bauervereins geht er immer wieder daran, nach Willkür schalten und walten zu dürfen. Viel liegt dabei an den in diesem Betriebe beschäftigten Kollegen. — Der Versammlungsbericht ließ das ganze Jahr hindurch zu wünschen übrig, trotz besonderer Einladung und Zuziehung von Referenten. Es ist kein Schweiß unter die feigenen Steinhauer. Darauf wurde die Abrechnung vom 4. Quartal und die Jahresabrechnung gegeben. Der Abschluß des Jahres brachte einen Ueberschuß von 123 Mark 15 Pfennig. Die Kasse war von den Redaktoren geprüft und in Ordnung gefunden. Den Kassierern, welche teilweise nicht arbeiteten, wie es nötig, wurde anheimgegeben, mehr Gewicht auf ihre Aufgabe zu legen.

Der Vorstand setzt sich nun aus den Kollegen Ellwanger: Vorsitzender, Bloß: Kassierer und August Schöck: Schriftführer zusammen. Neuzugänge bleiben Delfug und Schwohl. Als Gewerkschaftsdelegierter wird Waldbogel und in die Bauarbeiter-Kommunikation Kollege Schwohl gewählt. Anschließend an die Wahlen wird auch der Delegierte für die Konferenz in Offenburg gewählt und zwar Kollege Ellwanger. Der 4. Punkt der Tagesordnung: „Aufstellung unserer Lohnforderung“ förderte zutage Abfassung der Affordarbeit und Forderung eines Stundenlohnes von 60 bis 65 Pfg. Opposition wurde wohl getrieben bei der Formulierung des Lohnsatzes, doch blieb es bei dem von der Lohnkommission aufgestellten. Zum Schluß wird noch festgestellt, daß von jetzt ab die Versammlungen wieder regelmäßig jeden Samstag freitags stattfinden und wir erhoffen einen besseren Versammlungsbesuch wie bisher.

Anmerkung der Redaktion. Die Anmerkung des Schriftführers, keine Streichungen vorzunehmen, ist unnötig. Wichtige, die Allgemeinheit interessierende Fragen werden nie getrichen. Doch wenn die Berichte sich mehr durch Länge als Inhalt auszeichnen, wie auch hier, wird der Blaustift gebraucht.

Rundschau.

Ein Aufruhrprozess. In dem Kalksteingebiet Würzburg und Umgebung streikten bekanntlich im Sommer 1905 unsere Kollegen wegen Einführung eines korporativen Arbeitsvertrags. Nach einer Dauer von 17 Wochen mußte der Streik beendet werden, weil sich eine Anzahl jener Elemente fanden, die mit dem Ausdruck Streikbrecher noch gelinde bezeichnet werden. Am 20. August kamen unter Führung des Geschäftsleiters Tschäner eine große Anzahl Arbeitswilliger nach Gohmannsdorf, wo sie trotz des Zuredens der Streikenden, ihnen nicht in den Rücken zu fallen, in den Mainjandsteinwerken Arbeit nahmen. Am Abend des gleichen Tages versuchten die Streikenden nochmals, die Arbeitswilligen zu überzeugen, wie ungerecht sie handelten, aber vergeblich, die Streikbrecher traten vielmehr äußerst provokatorisch auf und verhöhnten die Ausständigen, worauf sich eine Schlägerei entspann, die, wie es jetzt üblich ist, zum „Aufruhr“ gestempelt wurde. 53 ehemalige Streikende waren teils wegen Verbrechen, teils wegen Vergehens des Landfriedensbruchs vor das Schwurgericht Würzburg verwiesen. Wenn diese Nummer erscheint, werden die Verhandlungen des Gerichts bereits abgeschlossen sein. Und eine Anzahl Kollegen, die sich vom Augenblick fortziehen ließen, zu mehr oder minder harten Strafen verurteilt sein. Die Verhandlung begann bereits am 22. Januar 1907. Von den ursprünglich 53 Angeklagten sind bereits 42 außer Verfolgung gesetzt. Es haben sich nunmehr nur noch 11 Kollegen zu verantworten. Ein großer Zeugenapparat ist in Tätigkeit; allein 52 Zeugen sind vorgeladen, um die Angeklagten zu belasten. Die Verteidigung ruht in den Händen des Rechtsanwalts Meißner-Würzburg. Verschiedene der Steinarbeiter befinden sich bereits monatelang in Untersuchung, so die Steinmeyer Jauer und Henkelmann 4 Monate, Frank 5 Monate und Marschall 3 Wochen. Wir werden über den Ausgang der Angelegenheit berichten und hoffen, daß das Vergehen der betreffenden Steinmeyer gegen die Einrichtungen resp. Bestimmungen in unserem Klassenstaate keine harte Verurteilung findet, sondern behandelt wird, als das, was es in Wirklichkeit war, eine Kumpellei.

Der Vorstand des Hafnarbeiterverbandes bringt in seinem Fachorgan folgende Erklärung: In letzter Zeit ist durch die gesamte Parteipresse eine Notiz gegangen, nach welcher der Zusammenschluß der im Transportgewerbe domizilierenden Berufsorganisationen von den Hafnarbeitern durch Urabstimmung abgelehnt sei. Diese Notiz ist von Anfang bis zu Ende unrichtig. Die Urabstimmung hat erst eben begonnen und sind uns in der Hauptverwaltung erst die Resultate von drei Mitgliedschaften bekannt; es ist infolgedessen unmöglich, das Gesamtergebnis auch nur anzudeuten. Leider ist es uns unmöglich, festzustellen, ob diese eigentümliche Notiz wieder durch ein beliebiges Nachrichtenbureau Eingang in die Parteipresse gefunden hat.

Ein Kloster im Besitz des Konsumvereins in Sedau. Die Konsumgenossenschaft der Rundschau teilt mit: In Sedau ist eine religiöse Gesellschaft ausgewiesen und das von ihr innegehabte Kloster verkauft worden. Der Konsumverein „La Erwerbe“ in Sedau hat nun daselbst zum Preise von Mk. 56000 erworben. Die Kapelle ist zu einem Versammlungslokal umgewandelt worden; in den anderen Teilen des Klosters wurden die Bäckerei, noch ein größerer Versammlungssaal, sowie die Bureaus der Gewerkschaften untergebracht. Kurz, aus dem Kloster ist ein Volkshaus geworden. Auch sind verschiedene Teile des Klosters als Wohnungen vermietet worden. Bis jetzt haben sich 24 Mieter im Kloster häuslich eingerichtet. Zwölf

Wohnungen sind noch zu beziehen. Die Einnahmen an Mieten decken die Kapitalzinsen reichlich.

Abgestürzt. Im Altschaber Steinbrüche fanden zur Arbeit kommende Arbeitskollegen den Steinarbeiter Müller aus Thalheim tot an der Arbeitsstätte vor. Die Leine, die zur Sicherung der Arbeiter dient, hatte er bereits um den Leib befestigt, doch war die Anseilung noch nicht beendet. Man nimmt an, daß der Verunglückte, der Frau und zwei schulpflichtige Kinder hinterläßt, abgestürzt ist, bevor er das Seil befestigt, oder daß sich die Schleife gelöst hatte. Der Tod ist sofort eingetreten.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 16. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Landsturm der Philister. — Mathematische Formeln gegen Karl Marx. Von L. B. Boudin (Newyork). — Ueber britischen Imperialismus. Von Otto Bauer. — Das Verbrechen und seine Bekämpfung. Von W. A. Bongor. — Postreferendare und Postassessoren. Von Richard Wagner. — Die Reform der Arbeiterversicherung. Von Sigmund Raff (Wien). — Literarische Rundschau: Karl Joël, Der Ursprung der Naturphilosophie aus dem Geiste der Mythik. Von Ph.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Treuchtlingen. Der Steinschleifer Karl Meier, geb. 14. April 1879 zu Wunsiedel, hat seine Anterimstarke hier verkehentlich zurückgelassen. Auch das Beitragsbuch hat er übersehen. Die örtlichen Verwaltungen mögen dieses beachten, falls er in ihrem Bereich auftaucht.

Adressen-Änderungen.

Sauben. Vorsitzender: Paul Enders, Grund Nr. 1. Kassierer: Paul Man, Ehrmasgasse 4.
Berneck. Vorsitzender: Bernhard Rost, Bahnhofstraße 36. Kassierer: Johann Giehl, Bahnhofstraße 23.
Crawinkel. Vorsitzender: Georg Engl. Kassierer: Heinrich Dochner.
Kaiserslautern. Vorsitzender: Wilh. Probst, Schmittstr. 19.
Wunsiedel. Vorsitzender: Wolfgang Gialer, Hofer Str. 410 1/2. Kassierer: Georg Martin, Bahnhofstraße 19.
Wittenberg. Vorsitzender: Ernst Korbien, Triftstraße 43. Kassierer: Franz Raley, Al-Wittenberg, Wilhelmstraße 98.
Wannheim. Vorsitzender: Christian Schaub, Schweginger Straße 89, II.
München. Vorsitzender: Heinrich Weng, Lindwurmstr. 131, III, 2. Aufgang.
Berlin II. Vorsitzender: Christian Ohngemach, Fehrmarsstraße 1 II. Kassierer: Otto Deu, Stendaler Straße 13, IV.
Kadolfzell. Vorsitzender: Hermann Viermann, Bachstr. 14.

Frankfurt a. M. Vorsitzender: Karl Schäfer, Altenheimer Landstraße 125.

Stettin. Kassierer: Emil Büll, Schwarzwasser Str. 8, S. I. III. Reiseunterstützung wird ausgezahlt an Wochentagen von 6—8 Uhr abends und Sonntags von 12—1 Uhr mittags in der Wohnung des Kassierers.

Mühlhausen i. G. Vorsitzender: Hermann Wischmann, Kamisplatz 20. Kassierer: Karl Böhmel, Colmarstraße 126. Die Reiseunterstützung wird vom 1. Februar ab im Vereinslokal, Wirtschaft Hebel, Gasgasse 1, ausgezahlt. Herberge: Gläser Hof, Sinnenstr.

Breslau I. Vorsitzender: Robert Müller, Michaelstr. 20, p. Kassierer: Otto Haberland, Matthiasstraße 185. Auszahlung der Reiseunterstützung abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr.

Frömmersbach bei Gummersbach (neue Zahlstelle im 7. Gau). Vorsitzender: Adam Herrmann jun. Kassierer: Friedrich Dienslöhler.

Rostock. Vorsitzender: Kaspar Czeri, Altenschießestr. 1, I. Kassierer: Christian Kopp, Oststraße 169.
Wunsiedel. Kassierer: G. Martin, Bahnhofstraße.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 14. bis mit 19. Januar 1907.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosensmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inhaber.)

Leipzig (F.), M. 0.30; Scherwin, B. 1.60; Chemnitz (Mutter), Ins. 21.—; Braunschweig, B. 151.80; Friedenhausen, B. 30.86, E. 0.50, K. 4.90; Kirchberg, B. 294.—; Lutter, B. 68.—, E. 2.—; Mühlhausen i. G., B. 115.—, E. 2.40, M. 0.30, K. 11.10; Schopp, B. 4.20, K. 0.10; Schüren, B. 37.75, E. 2.50; Zellerfeld, B. 34.96, E. 4.50; Ramelsbach, B. 194.56, E. 2.75, K. 5.70; Laufamholz, B. 75.62, Ins. 4.80, K. 4.—; Marburg, B. 57.96, E. 0.50, M. 2.—, K. 0.20; Münsberg, B. 68.88; Klingenmünster, B. 51.66, E. 2.—, M. 1.—, K. 1.—; Riel, B. 184.—, E. 10.25, K. 9.70; Eisenach, B. 68.08; Bremen, B. 230.—, E. 5.50, M. 5.90, Ins. 1.50, K. 4.90; Neve, B. 27.85; Rothenburg a. S., B. 1.90; Meifen, Ins. (M.) 1.—; Sangerhausen, B. 4.50; Alt-Parthau II, B. 749.80, E. 5.50, M. 3.30, K. 20.40; Bamberg, B. 37.80, M. 0.30, K. 8.90; Düsseldorf I, E. 10.50, K. 10.—; Eibelfeld, B. 80.50, K. 9.10; Kaiserslautern, B. 126.—, M. 0.30, K. 20.—; Eßleben, B. 24.36; Wittenmann, B. 60.90; Meß, B. 3.—; Frankfurt a. M., B. 920.—, M. 10.60, Ins. 1.50, K. 30.—; Rassel, B. 29.90, K. 0.10; Berlin, Ins. (M.) 8.40; Cloppenburg, B. 10.45; Wolmirstadt, B. 0.50; Neu-Stettin, B. 2.25; Dale, B. 3.35; Fedenbach, B. 21.—, K. 1.50; Altenglan, B. 229.90, E. 9.—, M. 1.—, K. 0.50; Osterwald, B. 303.66, M. 5.20, K. 4.70; Stettin, B. 18.—; Trennfurt, B. 84.—, E. 0.50, M. 0.30, K. 10.—; Odrnheim, B. 37.26, E. 0.50, K. 20.50; Floß, B. 38.—; Dürkheim, B. 63.84, E. 2.75, M. 0.30, K. 17.90; Waldbheim, B. 6.05. Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Randern, Schöpsf. Bericht ist unvollständig; abgelehnt. — **Rostock, G.** Der betreffende Kollege charakterisiert sich mit solchen Behauptungen ohne Beweise als Schwärzer nach Art von Kaffeetanten. Wenn ein Bericht nicht aufgenommen wird, so trifft der Redakteur die Bestimmung, nicht andere Leute — **Düsseldorf, Ar.** Wenn Ausschüsse erfolgen sollen, dann muß dieses beim Zentralvorstand beantragt und begründet werden. Sind diese stichhaltig, erfolgt die Veröffentlichung im Steinarbeiter; auf andere Mitteilungen hin nicht.

CECECE Anzeigen CECECE

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Schreib-Diamanten unter Garantie
à 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— Mk. Diamantwerkzeuge für alle Industriezwecke.
Friedrich Loeser, Karlsruhe i. Baden, Gerwigstrasse 35.

Albert Baumann
Aue (Erzgeb)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Zadetts, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
= Bartelsstraße 101 =

Dankbarkeit
veranlaßt mich, gern und kostenlos allen Lungen- und Halsleidenden mitzutheilen wie mein Sohn jetzt wieder durch ein einfaches öllöses und erlösendes Naturprodukt von seinem langwierigen Leiden befreit wurde
K. Baumgard, Galmert in Reudel bei Karlbad

Tüchtige Steinmetzen
finden dauernde Arbeit in meinen Steinbrüchen beim meinem Werkplatz bei Osterwald (Kreis Hameln). Lohnzahlung nach Tarif.
Zu melden bei Bruchmeister Hillmer, Werkplatz **Bahnhor Osterwald.**
Fester Affordtarif! Dauernde Arbeit!
20 tücht. Hand- u. Maschinenschleifer
sowie
10 Steinhauer für Profilarbeiten
sucht
Granit- u. Diabaswerk Baumholder
Bahnhofstation Heimbach (Nahe).

Steinhauer u. Handschleifer
bei hohen Affordlöhnen für dauernde Arbeit auf schwedischen Granit stellen ein
Granit- u. Syenitwerke Frohmann & Co.
Reinheim i. Hessen.

Mehrere
Maschinen- u. Handschleifer
bei gutem Afford und dauernder Arbeit sofort gesucht.
Karl Heinig, Granitschleiferei
Rostock i. M.

Tüchtige Steinbrecher
finden dauernde und lohnende Beschäftigung in den
Seoberger Sandsteinbrüchen von Alfred Hossfeld.
Zu erfragen **Gotha, Werkplatz an der Gasanstalt.**

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)
Altenbach. Am 20. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Sebastian Bauder** im Alter von 42 Jahren.
Bunglau. (Verpätet). Am 26. Dezember 1906 verschied unser Kollege **Richard Hänsel** im Alter von 30 Jahren 6 Monaten an Lungenkatarrh.
Rehheim. Am 15. Januar verschied nach längerem Leiden Kollege **Leucht** im Alter von 30 Jahren.
Leipzig I. Am 14. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Ernst Leiteritz** im Alter von 40 Jahren.
Osterwald. Am 10. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Heinrich Bente** zu Dörche im Alter von 46 Jahren 4 Monaten.
Pirna. Am 17. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Max Schütze** im Alter von 41 Jahren und 10 Monaten.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Ein neues Kampfmittel der Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften, deren Aufgabe es ist, den Kapitalismus auf seinem eigentlichen Gebiet anzugreifen und Schritt für Schritt seiner Uebermacht Schranken zu ziehen, sind naturgemäß gezwungen, ihr Taktik mit dem Kapitalismus zu entwickeln. Der unterschiedliche Entwicklungsgrad des Industriekapitals der verschiedenen Länder erklärt uns auch in der Hauptsache die unterschiedliche Taktik und Stärke der Gewerkschaften. Das schnelle Emporschießen des deutschen Industriekapitals, verbunden mit einer zurückgebliebenen politischen Entwicklung, hat die deutschen Gewerkschaften in rascher Entwicklung genötigt, ihre Kraft auf den Ausbau der Organisationen zu konzentrieren, nicht nur um stark genug zu sein, dem großkapitalistischen und bornierten Unternehmertum Konzeptionen zu entreißen, sondern auch um dessen Angriffe zurückweisen zu können. Diese Angriffe des Unternehmertums gehen nicht darauf hinaus, die Macht der Gewerkschaften einzuschränken, sondern sie ganz zu vernichten. Das wird bald auf dem einen, bald auf dem andern Gebiet versucht. Bald sucht man die Gewerkschaften durch eine Umsturzvorlage, einem Zuchtgesetz oder einem Antigewerkschaftsgesetz zu vernichten oder lahmzulegen, bald wieder versucht man durch große Aussperrungen die Gewerkschaften auseinanderzuprennen. Weder das eine noch das andere ist bisher irgendwo gelungen. Nun sind die Unternehmer von ihren bisher erfolglosen Versuchen keineswegs entmutigt worden. Die Angriffe wiederholen sich vielmehr mit verdoppelter Wucht, und es ist vorauszusehen, daß der deutschen Arbeiterkraft noch gigantische Kämpfe bevorstehen. Es sei hier nur daran erinnert, daß auf der geplanten und teilweise durchgeführten Aussperrung der 60 000 Berliner Metallarbeiter die angeordnete Aussperrung von 300 000 Metallarbeitern folgte, daß auf das Antigewerkschaftsgesetz das offizielle Eintreten der Unternehmerverbände für die „nationalen“ Reichstagskandidaten erfolgte, in der unzweifelhaften Absicht, einen „nationalen“, einen zweiten Kartellreichstag zustande zu bringen, der nicht nur ein Antigewerkschaftsgesetz, sondern auch eine Aenderung des Reichstagswahlrechts votieren würde, um endlich mit Hilfe der Gewerkschaftsgewalt durchzusetzen, was mittels der Aussperrungen bisher mißlungen war.

Kommt es soweit, und werden die Arbeiter in einen Massenstreik hineingetrieben, ja, wenn selbst diese Eventualität nicht eintritt, sondern das Aussperrungssystem in der seitherigen Progression fortschreitet, wenn es gelten wird, mehrere hunderttausend Arbeiter monatelang über Wasser zu halten, dann reichen auch die reichsten Mittel einer Gewerkschaft, auch die opferwilligste Unterstützung der Arbeiterschaft nicht dazu aus, um die nötigen Mittel aufzubringen, wenn diese in der seitherigen Weise verwendet werden. Wäre die Aussperrung von 300 000 Metallarbeitern zustande gekommen, dann hätte sie eine wöchentliche Ausgabe von 3½ Millionen Mark erfordert. Man sage nicht, daß ein derartiger Niesenkampf nicht zu erwarten ist. Man erinnere sich nur des Bergarbeiterstreiks, ganz abgesehen davon, daß man in Deutschland immer noch mit der Notwendigkeit eines Massenstreiks rechnen muß. Was aber dann? — Die französischen Gewerkschaften sind, entsprechend der in den meisten Industrien noch in den Anfängen stehenden großkapitalistischen Entwicklung, gleichfalls noch in den Anfangsstadien der gewerkschaftlichen Entwicklung. Wenn auch die große Mehrzahl der Streiks nur von kurzer Dauer ist, so haben wir dagegen auch in den Industrien, die schon zu einer starken Kapitalkonzentration vorgeschritten sind, unheimlich heftige und lang andauernde Lohnkämpfe zu verzeichnen. Dies trifft besonders auf die Metallindustrie und auf die Textilindustrie zu. Da jedoch die Gewerkschaften dieser Industrien organisatorisch noch fast ebenso schwach sind, wie die meisten Gewerkschaften Frankreichs, haben sie aus der Not eine Tugend gemacht, und — um möglichst lange widerstehen zu können — ein neues Kampfmittel angewendet, das darin besteht, die vorhandenen Mittel möglichst ökonomisch anzuwenden. Dieses Mittel sind die sogenannten „saupes communistes“, — Allgemeine Suppen. Statt Geld werden täglich zwei bis drei Mahlzeiten für sämtliche Streikende nebst deren Familienangehörigen verteilt. Die Kosten dieser Mahlzeiten variieren je nach der Stadt, den Einkaufsbedingungen, wie auch die Verteilung eine verschiedenartige ist. Die Rationen werden entweder gekocht und gemeinsam verzehrt, oder aber die gekochten Rationen werden abgeholt und zu Hause in der Familie verzehrt, wie in vielen Arbeiterfamilien, wo Frau und Mann arbeiten, das Essen aus dem Restaurant geholt wird. Die dritte Art der Verteilung ist die der unzubereiteten Zutaten, die die Frau selbst kocht. Man übt in der Entgegennahme der Rationen keinerlei Zwang aus, sondern überläßt dies dem Geschmack des Einzelnen. Und nun die Kosten. Vor mir liegen die Zahlen verschiedener Streiks. Beim Metallarbeiterstreik in Geneboul (1903), der 42 Tage dauerte und 1900 Arbeiter umfaßte, wurden rund 22 680 Francs oder 30 Centimes pro Tag und Streikenden ausgegeben, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß viele Streikende vier und fünf Kinder hatten. Noch niedriger stellten sich die Kosten bei dem großen Hüttenarbeiterstreik im Erzbecken von Longwy (1905). Die Unterhaltungskosten des 52 Tage währenden Streiks betrugen 13½ bzw. 11 Cent pro Tag, wobei hervorzuheben ist, daß täglich einmal Fleisch verteilt wurde. Allerdings ist das nur dadurch ermöglicht worden, daß die übrige bäuerliche Bevölkerung Kartoffeln und Gemüse steuerten, und das Seigmateriale (aufgelesenes Holz aus den Wäldern) keine Ausgaben verursachte.

Nach einem Bericht Duvrier Metallurgie, dem Organ

des französischen Metallarbeiterverbandes, betrug die Ausgaben bei dem Streik um den Achtstundentag in einem Pariser Vorortviertel pro Kopf täglich 40 Cent. Es wurden täglich zwei Mahlzeiten, Suppe, Fleisch (200 Gramm, einmal täglich), Gemüse, Brot und ½ Liter Wein gegeben. Allerdings kostete der billige Wein, der jedoch durchaus nicht schlecht ist, 25 Cent. der Liter, und auch das Fleisch ist bedeutend billiger als in Deutschland. Nach den Mitteilungen der Verbandsleitung des Metallarbeiterverbandes kostet die Unterhaltung der Streikenden mittels der kommunistischen Küche durchschnittlich 30 bis 40 Cent. täglich. Es sind auch schon verschiedentlich Ansätze vorhanden, die Einrichtung der kommunistischen Küchen insoweit zu organisieren, daß das nötige Kochmaterial rechtzeitig durch die Arbeitsämter einer Region beschafft wird. Auch die deutschen Gewerkschaften können vielleicht eines Tages in die Lage versetzt werden, kommunistische Küchen zu erproben. Jr.

Strohmannen und Gewerbegericht.

Ueber die Stellung der gewerbegerichtlichen Praxis zu dem Strohmannenunwesen bringt der Bericht des Bochumer Arbeitersekretariats einen fast ungläublichen Beitrag. In dem Bericht heißt es: „Das Strohmannensystem, diese Geißel der Bauarbeiterschaft, erstreckt sich beim Bochumer Gewerbegericht einer auffallenden Hochachtung. Auch hierfür wollen wir ein Beispiel anführen. Es handelt sich um verdienten Lohn, den zwei Zimmerer von dem Bauunternehmer Baumgärtner forderten. „Zatbestand und Entscheidungsgründe“ des unter dem Vorsitz des Herrn Held gefällten Urteils lauten:

Die Kläger fordern rückständigen Lohn. Der Beklagte bestritt die Passivlegitimation und führt an, daß sein Polier Kröger die Kläger nach eigenem Ermessen angenommen und ausgelohnt habe. Er selbst habe sich weder um die Annahme der Arbeiter noch um die Lohnsätze gekümmert. Die Kläger geizten dies zu.

Zu einem Arbeitsverhältnis zwischen Parteien fehlt sowohl eine Vereinbarung unter ihnen als auch auf Seiten des Verklagten das wichtigste Moment, das Risiko aus dem Lohnverhältnis. Dies hatte er auf den Polier abgewälzt (sic!), der seinerseits sehen mußte, daß er für die ihm gezahlten Abschlagssummen hinreichend billige Arbeit erziele, um zu einem Ueberschuß zu kommen. Den Arbeitern gegenüber war deshalb der Polier „Unternehmer“, nicht Angestellter des Verklagten. Die vom Verklagten erfüllten Sozialversicherungspflichten haben mit dem Lohnverhältnis keine zwingend gemeinsamen Gesichtspunkte und können sehr wohl der „Einfachheit“ halber übernommen sein. Die Klage war also abzuweisen. Der Kostenpunkt ist nach §§ 58 und 59 des Gewerbegerichtsgesetzes geregelt.

Die Gänjesüßchen sind Original. Ein Umstand, der das Urteil noch obendrein als geradezu ironisch erscheinen läßt. Denn die Gänjesüßchen verraten, daß das Gericht die Ueberzeugung gehabt hat, daß es dem eigentlichen Unternehmer nur darauf ankam, das „Risiko“ von sich abzuwälzen. Gegen die, es Urteil wurde für einen der Kläger der Weg der Restitutionsklage versucht, die wir zur weiteren Beleuchtung des Falles hier wiedergeben wollen:

Gegen nebenbezeichnetes Urteil führe ich hiermit auf Grund § 55 Absatz 3 C.-G.-G. usw. Beschwerde und beantrage Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Zur Begründung gestatte mir anzuführen, daß das Gewerbegericht bei Fällung des angefochtenen Urteils sich in einem wesentlichen Rechtsirrtum befunden haben muß, denn es ist festgestellt: 1. daß der Beklagte, Baumgärtner, unsere Papiere an sich genommen; 2. uns, wie jedem andern seiner Arbeiter, in seinen Lohnlisten geführt; 3. uns, gleich seinen übrigen Arbeitern, auf seinen Namen bei der Krankenkasse angemeldet; 4. daß der, von dem Gericht trotz dieser eklatanten Beweise als Arbeitgeber angesehene Polier in einem effektiven Lohnverhältnis gewerblichen Arbeitsverhältnis stand, an dem auch nichts während der angebl. in Auftrag übernommenen Arbeit durch den Polier geändert wird.

Den Polier unter solchen Umständen als den eigentlichen Arbeitgeber zu erklären, würde in der Praxis zur Folge haben, daß dem berichtigten sogenannten Strohmannensystem Tür und Tor geöffnet würde. Im übrigen erbringe ich in der Anlage einen Beweis, der nach Maßgabe des hier zur Anwendung kommenden § 580 Absatz 7b Z.-P.-D. allein schon hinreichen würde, die Restitutionsklage zu rechtfertigen. Es ist dies die sogenannte „Abkehr“, in welcher sich der Beklagte, Baumgärtner, in aller Form als Arbeitgeber bekennt.

Ich bitte, aus alledem meiner Beschwerde stattzugeben und bitte insbesondere um tunlichste Beschleunigung, da ich in Kürze in das Meer eintrete.

(Unterschrift.)

Es wurde auch — wider Erwarten in diesem Falle — eine mündliche Verhandlung anberaumt, und zwar hatte der Stellvertreter des Herrn Held die Ehre, dieselbe zu leiten. Hier das Urteil:

Die Klage wird als unzulässig verworfen und der Kläger verurteilt, die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Zatbestand und Entscheidungsgründe. Durch rechtskräftiges Urteil vom 6. August 1903 ist der Kläger mit seiner Klage auf rückständigen Lohn mangels Nachweises der Passivlegitimation des Verklagten abgewiesen. Er hat gegen dieses Urteil frist- und formgerecht unter Vorlegung eines angeblich vom Verklagten ausgestellten Abkehrschreibens vom 14. Juli 1903 gemäß § 580, Abs. 7b Z.-P.-D. die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Da aber der Abkehrschein dem Kläger nach eigener Angabe bereits am Tage der Ausstellung ausgehändigt, von ihm auch bereits im vorhergehenden Verfahren benutzt ist, so war gemäß § 580 Z.-P.-D. wie geschehen zu erkennen. Die Kosten hat der Kläger gemäß § 26 C.-G.-G. und § 91 Z.-P.-D. zu tragen.

ges. Stumpf.

Daß Kläger schon zur Zeit der ersten Verhandlung im Besitze der Abkehr war, somit dieselbe, streng genommen, nicht als eine Urkunde im Sinne eines Werkzeuges zur Wiederaufnahme des Verfahrens gelten konnte, war uns allerdings bekannt. Aber es kam uns eben in diesem Falle darauf an, wenn möglich eine erzieherische Wirkung zu erzielen, um wenigstens für die Zukunft solchen Urteilen vorzubeugen. Diese Hoffnung hat sich leider als trügerisch erwiesen, und so ist es kein Wunder, wenn sich eine gewisse Sorte von Arbeitgebern fast wohl unter dieser Spruchpraxis fühlt.

Dieser Rechtsstreit hat große Ähnlichkeit mit dem in Nr. 3 unseres Fachorgans behandelten Unterakkordantensystem.

Wie Figura zeigt, kann auch die in sozial-rechtlicher Beziehung hochbedeutende Einrichtung der Gewerbegerichte den Arbeitern mehr zum Fluch, als zum Segen werden, wenn der Vorstehende nicht den elementarsten Anforderungen entspricht, die dieser Posten erfordert. Derartige Vorstehende sind aber im Ruhrgebiet noch ziemlich did geät.

Wirtschaftliche Rundschau.

Aus verschiedenen Jahresberichten: die Bautätigkeit und der Grundstücks- und Hypothekenverkehr, die Sauerbedischen Indexpreise für 1906.

Aus den allmählich erscheinenden kapitalistischen Jahresübersichten heben wir auch diesmal einige kennzeichnende Beobachtungen und Urteile hervor.

Für die Baubranche, den Grundstücks- und Hypothekenmarkt wird sowohl aus dem Berliner Zentrum wie aus dem westlichen Industrieviertel auf die Wirkungen der schwierigen Leihkapitalbeschaffung des letzten Jahres hingewiesen.

Der Verein der Berliner Grundstücks- und Hypothekentaxer verzeichnet, trotz mancher Rückschläge in der Bautätigkeit gegen das Refordjahr 1905, immer noch für Groß-Berlin (Berlin und Vororte) einen riesigen Immobilienumsatz von 1200 Mill. Mark. Aber der vertiefteste Geldstand und die störende Pfandbriefunterbringung der kreditgebenden Banken machte sich zu spüren mehr und mehr fühlbar: „Die Gesamtsumme der Restitutionshypotheken von 36 Banken betrug im 1. Semester 8909,56 Mill. Mark gegen 8664,36 Mill. Mark am 31. Dezember 1905. Die Zunahme für das erste Halbjahr 1906 beträgt somit nur 245,20 Mill. gegen 295,20 Mill. Mark in gleicher Zeit des Vorjahres. Der Obligationen- (Anleihe-) Umlauf der 36 Institute betrug am 30. Juni 1906 8633,33 Mill. Mark gegen 8482,97 Mill. Mark am 31. Dezember 1905. Somit berechnet sich die Zunahme für das erste Halbjahr 1906 auf nur 250,36 Mill. Mark gegen 34,68 Mill. Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres und gegen 166,53 Mill. Mark im zweiten Semester 1905. Diese Einschränkung des Pfandbriefabflusses nötigte natürlich die Hypothekentaxen zur Zurückhaltung in der Beleihungstätigkeit. Im letzten Quartal haben so ziemlich sämtliche Hypothekentaxen die Annahme neuer Beleihungsanträge eingestellt, oder nur in sehr beschränktem Maße gearbeitet. Der abnorm hohe Geldstand sicherte ja auch ihren flüssigen Kapitalien einen viel höheren Zinsgewinn, als die Anlagen in Hypotheken. Trotzdem hofft der Bericht auf ein weiteres gutes Grundstücks- und Baujahr, da selbst eine andauernde geringere Flüssigkeit des Hypothekentreibens durch das rapide Aufstreben von Großbauten mehr wie ausgeglichen werde.

Für das westliche Industrie- und Handelsrevier entwirft die Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank in Köln ein ähnliches Bild des verflossenen Jahres 1906. Die berichtende Hypothekentaxer kann mit ihren Ergebnissen durchaus zufrieden sein; sie schlägt eine Dividende von 8 Proz. (gegen 7,5 Proz. im Jahre 1905) vor. Aber seit dem kritischen Jahre 1901 sah sie sich in der Steigerung ihres Pfandbriefumlaufes noch niemals so sehr, eben durch die Konkurrenz höherer verzinslicher Geldanlagen, gekemmt. Während 1902 der Pfandbriefumlauf um 14,9 Mill. Mark wuchs, 1903 um 17,7 Mill. Mark, 1904 um 19,3 Mill. Mark, 1905 um 18 Mill. Mark, schrumpfte der Zuwachs 1906 auf noch nicht ganz 4,5 Mill. Mark zusammen. „Die vorstehend geschilderten Verhältnisse“, heißt es dann auch hier weiter, „mußten zur größten Zurückhaltung in der Neubemittlung fester Hypotheken betanlassen. An Darlehen gelangten daher nur 21 318 738 Mark zur Auszahlung, während aus älteren Abschüssen 16 739 512 Mark zurückfloßen, so daß der Hypothekenbestand im ganzen nur eine Vermehrung von 4 574 225 Mark aufweist.“

Die deutsche Preisstatistik mit ihren Aufwärtsbewegungen haben wir oft genug zur Verdeutlichung des allgemeinen Wirtschaftsganges herangezogen. Nun fallen aber für Deutschland noch spezielle Verteuerungen und Preisbeschleunigungen ins Gewicht, nämlich durch die am 1. März 1906 in Kraft getretenen Zollserhöhungen. Als treuerer Widerspiegelung der rein wirtschaftlichen Konjunktur kann daher die Preisgestaltung in England gelten, wo die Freihandelspolitik künstliche staatliche Preisbeeinflussungen ausschaltet. Auch hier tritt in der bekannten A. Sauerbedischen Preisvergleichung (für 45 Hauptwaren) der fortschreitende Aufschwung des Jahres 1906 klar zutage. Hatte sich in den für England weniger günstigen Jahren 1901 bis 1904 noch eine Durchschnittsindexziffer von 69/70 ergeben — Sauerbed geht von jeher von dem elfjährigen Preisdurchschnitt von 1867 bis 1877, gleich 100, aus —, so hob sich dieser Durchschnitt 1905 bis auf 72 empor, 1906 bis auf 77. Seit 1883 war eine solche allgemeine Preishöhe in England nicht mehr erreicht worden. Dabei vollzog sich innerhalb des Jahres 1906 abermals ein seltliches Aufsteigen, so daß der Dezember 1906 (mit 79,7) schon wieder um fast 8 Punkte über dem Jahresdurchschnitt, um 4,5 Punkte über dem Januar 1906, steht. Das rascheste Emporschnellen erfuhr die Gruppe Metalle und Mineralien, im Gruppenschnitt um 17 Proz. Gegen den Jahresanfang stieg z. B. bis zum Jahresende: Clebeland-Eisen von 54 auf 62 Schilling pro Tonne, Sömmerfeld-Eisen von 72 auf 80 Schilling — Standardkupfer von 79,5 Pfund Sterling pro Tonne auf 107,75 Pfund Sterling, was den seit 1872 beobachteten höchsten Kupferpreis darstellt — Zinn von 161 Pfund Sterling auf 193,5 Pfund Sterling — aber mit dem überhaupt unerhörten Zwischenpreis von 215 Pfund Sterling im Mai —, Blei von 17,75 Pfund Sterling pro Tonne auf 20,25 Pfund Sterling —, Hausbrandkohle von 16,5 Schilling auf 19,5 Schilling, Democapler Dampferkohle von 9,75 Schilling auf 12,5 Schilling, Waliser Schiffskohle von 12,5 auf 16,75 Schilling. Von den „andern Materialien“ (die neben den weiteren Gruppen Textilien, pflanzliche und tierische Nährstoffe aufgeführt werden) gewannen besonders Häute, Leder, Talg, Palmöl, Salpeter und Holz im Preisstand, während der Petroleumpreis sich gegen das Vorjahr etwas abschwächte. Von den Textilrohstoffen haben sich im letzten Jahre besonders Seide und Jute rasch verteuert, Flach, Ganf und Wolle in langsamerem Schritte, während die Baumwolle am Jahreschlusse 1906 infolge der reichen Ernte billiger zu haben war (5,60 Pence) wie am Jahreschlusse 1905 (6,24 Pence).

Auch das Schlußurteil Sauerbeds über die Wirtschaftsentwicklung Englands und aller hervorragender Kulturstaaten im Jahre 1906 verdient Erwähnung, obwohl es dem Leser nur die bereits bekannten Züge bestätigt. Das Jahr 1906 fehte nach Sauerbed den Aufstieg des Jahres 1905 fort, nur noch lebendiger und allumfassender. „Wohin wir blicken, ob nach europäischer Ländern — selbst das tieferschütterte Rußland nicht ganz ausgenommen —, ob nach Amerika im Norden wie im Süden, ob nach Indien und dem fernen Osten, oder nach Australien, so stoßen wir auf die Kennzeichen eines rapiden Vorwärtsschreitens und einer zum Teil enormen Prosperität. In England wird man, obwohl manche Produktionszweige schwer mit der Rohstoffverknappung zu kämpfen hatten, kaum irgendwelche bedeutendere Anzucht mit unbefriedigendem Ergebnis entdecken; die Baumwollzweige schliessen glänzend ab, die Schiffswerften lieferten eine größere Tonnage wie je zuvor, die Eisen- und Maschinenbauindustrien, die Wolllindustrien können alleamt zufrieden sein. Der Außenhandel (Englands) überholte abermals die drei vorangegangenen Rekordjahre um weitere 66 Mill. Pfund Sterling, zum Teil allerdings infolge höherer Preise für die Mengeneinheiten, und erreichte eine Gesamtziffer (Ein- und Ausfuhr zusammen gerechnet) von 1068 Mill. Pfund Sterling, ausschließlich der 124 Mill. Pfund Sterling in Edelmetallbarren und Münze. In Deutschland weitete sich die industrielle Tätigkeit stark aus. In den Vereinigten Staaten trat feinerlei Abschwächung des jährenlosen Geschäftsganges und des allgemeinen Aufschwungs ein. Die Kornernten waren, mit Ausnahme Rußlands, in den meisten Ländern gut, in den Vereinigten Staaten sogar größer denn je. Die amerikanische Baumwollernternte ist sehr beträchtlich, die Wollherzeugung steigert sich allmählich. Die Eisengewinnung ist größer wie jemals; in den Vereinigten Staaten überschreitet sie 24 Mill. Tonnen, in Deutschland 12, in England 9 Mill. Tonnen.“ Auch Sauerbed sieht den Höhepunkt des Aufstieges und den Beginn des Wiederabwärtsreitens noch immer fern.

Berlin, 14. Januar 1907.

Mag Schippel.

Die Bundesratsverordnung und deren Durchführung im 5. Gau.

(Vorort: Erfurt.)

Als die Bundesratsverordnung am 1. Oktober 1903 in Kraft trat, war man in den Reihen der Steinarbeiter der Ansicht, daß rannher die bestehenden Mißstände innerhalb unsres Berufes wesentlich verringert werden würden. Nur zu bald sollten die Steinarbeiter in Erfahrung bringen, daß die gehegten Hoffnungen sich nicht erfüllten, denn wenn schon in den erlassenen Gesetzesbestimmungen nicht im entferntesten die berechtigten Forderungen der Steinarbeiter, die in der Denkschrift festgelegt, berücksichtigt worden sind, so kommt noch in Betracht, daß seitens der organisierten Unternehmer der Steinindustrie sofort bei Inkrafttreten der Bundesratsverordnung der denkbar größte Widerstand bei der Durchführung derselben entgegengebracht wurde.

Mit vollem Rechte nahmen die organisierten Steinarbeiter in ihren örtlichen Mitgliederversammlungen und auf den Verbandstagen zu Erfurt 1904 und zu Nürnberg 1906 Stellung zu der Durchführung der Bundesratsverordnung und protestierten in der schärfsten Weise gegen das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer, die bestehenden Gesetzesbestimmungen zum Schutze der Steinarbeiter zu umgehen. Sie beauftragten ferner die Verbandsmitglieder und Verbandsfunktionäre, die zuständigen Behörden in Kenntnis zu setzen, wo seitens der Unternehmer Verstöße gegen die Gesetzesbestimmungen zu verzeichnen sind, um dadurch zu erreichen, daß auch seitens der Unternehmer das Gesetz beachtet wird.

Trotzdem nun seit Bestehen der Bundesratsverordnung bereits vier Jahre verflossen sind, so ist doch zu verzeichnen, daß die Unternehmer mit derselben Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit sich weigern, die durchaus minimalen Gesetzesbestimmungen zum Schutze ihrer Arbeiter einzuhalten, ja es scheint fast, als wenn einzelne Unternehmer es sich zur größten Ehre anrechnen, wenn sie wegen großer Verstöße gegen die Bundesratsverordnung zur Anzeige gebracht und schließlich mit einer geringen Geldstrafe bestraft werden.

Freilich, wenn man die zur Kenntnis gelangten Bestrafungen der Unternehmer sowie die mangelhafte Kontrolle der zuständigen Behörden in Betracht zieht, so kann man sich nicht wundern, wenn den Unternehmern bei ihrem schamlosen Vorgehen noch Vorbehalt geübt wird. Es wird wohl daher einzig und allein den Arbeitern überlassen bleiben, Mittel und Wege anzubringen, damit die zur Erhaltung ihrer Gesundheit erlassenen Bestimmungen von den Unternehmern eingehalten werden.

Inwieweit nun die einzelnen Bestimmungen der Bundesratsverordnung innerhalb des 5. Gaus durchgeführt, diene folgendes zur Kenntnis:

Schon der § 1, die Beschaffenheit und Einrichtung der Unterkunftsräume betreffend, läßt erkennen, welche Vorstellungen in Unternehmerrreisen man sich von derartigen Einrichtungen macht. Fast in allen Orten, wo Steinwerkstätten zu verzeichnen sind, ist zu konstatieren, daß die vorhandenen Unterkunftsräume fast als viel zu klein erweisen und die in den Bestimmungen festgesetzten Eigenschaften, wie dicke Fußböden und dergleichen nicht zu verzeichnen sind. In einzelnen Fällen, so bei der Firma Böger-Crawinkel, dient der Unterkunftsraum noch als Lagerraum für alte Schablonen, Werkzeuge und dergleichen. Was nun die tägliche Reinigung der Unterkunftsräume anbelangt, die ausdrücklich in den Gesetzesbestimmungen vorgesehen, liegt dies noch sehr im Argen, wochenlang liegt der Schmutz in den Unterkunftsräumen und bedarf es erst meistens des Drängens der Arbeiter, bis sich die Unternehmer herbeilassen und die Unterkunftsräume reinigen lassen. Eine rühmliche Ausnahme hiervon macht die Firma Conradus-Jena, wo gar kein Unterkunftsraum vorhanden und die Arbeiter genötigt sind, ihre Mahlzeiten an der Arbeitstätte einzunehmen. Ferner sind es die Betriebe Schilling-Mühlhausen i. Th. und Oswald-Langensalza in Thüringen, wo die Unterkunftsräume als befriedigend zu bezeichnen sind.

Betreffs der Arbeitsstunden und Schutzhäuser ist zu bedauern, daß bei Festsetzung der Bundesratsverordnung seitens der Regierung den Forderungen der Steinarbeiter, eine bestimmte Höhe und Tiefe der Arbeitsstunden in die Gesetzesbestimmungen mit festzulegen, nicht stattgegeben worden ist. Dadurch ist den Unternehmern der größte Spielraum gelassen und wir finden, daß die vorhandenen Arbeitsstunden keineswegs den Zweck erfüllen, welcher eigentlich damit erreicht werden soll, nämlich die fehlerhaftesten Steinarbeiter einestheils vor der schlechten Witterung zu schützen, andernteils aber, daß dieselben vor übermäßiger Einatmung des bei der Arbeit entstehenden Staubes bewahrt bleiben. Die tägliche Reinigung der Arbeitsstunden von Abfall und dergleichen, wie dies ebenfalls ausdrücklich in der Bundesratsverordnung vorgesehen ist, wird wohl in den seltensten Fällen durchgeführt. Wir finden, wie dies in Erfurt, Gotha, Crawinkel u. a. öfters zu verzeichnen ist, daß der Schutt oft wochenlang teils in, teils vor den Arbeitsstunden liegen bleibt, und man staunt öfters über die turnerischen Leistungen, die von den Steinarbeitern vorgenommen werden müssen, wenn dieselben ihre Werkstücke von oder zu den Arbeitsbänken schaffen müssen. Daß dadurch die Unfallgefahr ganz besonders erhöht wird, kündigt die Unternehmer keineswegs, sind es ja doch nur die Arbeiter, die bei dieser Gelegenheit ihre gesunden Gliedmaßen riskieren. Die tägliche Arbeitszeit von neun eben. zehn Stunden wird ja innerhalb des Gaus im allgemeinen eingehalten, doch ist dies keineswegs auf das Konto der Unternehmer zu rechnen; zu ver-

zeichnenmalen war ja versucht, den Steinarbeitern eine längere Arbeitszeit zuzumuten, jedoch stets von den in Frage kommenden Steinarbeitern abgelehnt, ferner kommt noch in Betracht, daß die Steinarbeiter in einigen Fällen, so in Erfurt, die neunstündige Arbeitszeit schon vor Inkrafttreten der Bundesratsverordnung sich mit Hilfe der Organisation errungen haben. Doch auch hierbei muß konstatiert werden, daß innerhalb der bestehenden Bestimmungen eine große Lücke zu verzeichnen ist, denn die festgesetzte tägliche Maximalarbeitszeit bezieht sich nur auf die Sandsteinwerke, während die Granit- und Marmorarbeiter von diesen Bestimmungen ausgeschlossen sind. Die Folge davon ist, daß innerhalb dieser Branchen öfters, namentlich zurzeit bessere Geschäftsganges, mit Ueberstunden gearbeitet wird. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo die tägliche Arbeitszeit bis zu 18 Stunden ausgedehnt worden ist, selbst die Sonntagsheiligung wird dann mehrfach bei unsern sonst so christlichen Unternehmern zur Lebensfrage, wenn es gilt, die unerfütterliche Profitgier der Unternehmer zu befriedigen. Derartige Vorkommnisse sind in den Granitwerken von Erfurt, Jena, Schmalkalden zu verzeichnen gewesen.

Die Lehrlingsfrage scheint seit Bekanntgabe der Bundesratsverordnung geregelter zu sein, denn in den zum Gau gehörigen Orten ist zu verzeichnen, daß das Bestreben, unsern gesundheits-schädlichen Beruf zu erlernen, nicht sehr groß ist. Dagegen ist in dem Betrieb der Firma Schilling-Mühlhausen eine „rühmliche“ Ausnahme, denn hier sind in einem Betrieb wohl gegen 23 Lehrlinge zu verzeichnen. Welchen Zweck hierbei die betreffende Firma verfolgt, überlassen wir dem Urteil der Kollegen. Aber auch die übrigen Bestimmungen der Verordnung werden von den Unternehmern teils gar nicht, teils höchst mangelhaft durchgeführt, so daß, wie schon eingangs angeführt, die Steinarbeiter vielfach genötigt sind, in ihren Mitgliederversammlungen sich mit den Verstößen gegen die Verordnung zu befassen und die zuständige Behörde davon in Kenntnis zu setzen. Zu verschiedenenmalen sah sich deshalb die Gauleitung veranlaßt, im Auftrage der Kollegen die zuständigen Gewerbeinspektionen in Kenntnis zu setzen und zu ersuchen, die ihnen unterstellten Betriebe zu kontrollieren und die betreffenden Unternehmer zu veranlassen, die bestehenden Mißstände zu beseitigen. So in Erfurt, Langensalza, Schmalkalden, Jena, Weimar, Gotha, Northheim und Göttingen. Es muß zugegeben werden, daß seitens der Behörden stets den Erfuchen stattgegeben worden ist, die betreffenden Betriebe wohl auch kontrolliert und die Unternehmer auch angewiesen worden sind, die vorgefundenen Mißstände zu beseitigen. Die Unternehmer jedoch beachteten entweder die von den Behörden gemachten Anordnungen gar nicht, oder doch höchst mangelhaft.

Interessant sind wohl auch einzelne Schreiben, die von seitens der Gewerbeinspektionen an die Gauleitung auf zugefandte Verstöße eingegangen sind. Auf eine solche über Nichterhaltung der neunstündigen Arbeitszeit in den Betrieben des Hofbauunternehmers Kellermann-Schmalkalden ging bei der Gauleitung nachstehendes Schreiben ein:

Schwege, den 24. August 1906.

An

Auf die Zuschrift vom 18. d. M.

Daß die zulässige Arbeitszeit in dem fraglichen Steinbrüche bisher überschritten worden ist, ist mir bekannt. Es ist daher auch das zur Abstellung der Mißstände erforderliche bereits veranlaßt worden.

Nach meinen, nicht nur in Schmalkalden, sondern auch anderwärts durchweg gemachten Erfahrungen, liegt es aber zum größten Teil an den Arbeitern selbst, wenn die auf die Arbeitszeit bezüglichen Vorschriften nicht die erforderliche Beachtung finden.

Die Arbeiter erklären selbst, daß sie die verkürzte Arbeitszeit nicht wollen, weil dadurch ihr Verdienst sinke. Der Gewerbeaufsichtsbeamte wird daher von vielen Arbeitern lediglich als Feind angesehen, welcher störend in ihre Erwerbsverhältnisse eingreift.

Es wäre mir lieb, wenn auch dortseits auf die beteiligten Arbeiterkreise in dem Sinne eingewirkt würde, daß von ihnen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen überall befolgt werden. Ohne die verständnisvolle Mitwirkung der Arbeiterschaft kann ein Erfolg nicht erzielt werden, da es unmöglich ist, sämtliche Betriebe auf die Einhaltung der Arbeitszeit täglich zu revidieren.

Dieses Schreiben kennzeichnet so recht die Stellungnahme einzelner Gewerbeinspektionen zu den erlassenen Schutzbestimmungen. Was das letztere anbelangt, so bedurfte es wohl keineswegs der Anregung des Herrn Gewerbeinspektors, denn fortgesetzt hat es sich die Organisation der Steinarbeiter zur Pflicht gemacht, die Berufskollegen durch Wort und Schrift über den Wert der bestehenden Bundesratsverordnung aufzuklären. Nicht selten können wir aber die Ansicht des Herrn Gewerbeinspektors, den Arbeitern die Schuld zuzuschreiben, wenn die Bundesratsverordnung nicht eingehalten wird, sondern eine schärfere Kontrolle der Steinbruchbetriebe und Steinwerkstätten vorgenommen und die Unternehmer seitens der Gewerbeinspektionen streng angewiesen, die bestehenden Schutzbestimmungen strikte durchzuführen, so wäre manche berechtigte Beschwerde seitens der Arbeiter hinfällig.

Am 3. Oktober unterbreitete die Gauleitung im Auftrage der Jenaer Kollegen eine Beschwerde an die Groß- u. Sächs. Gewerbeinspektion und ersuchte ebenfalls um Kontrollierung der Steinbruchbetriebe und Werkstätten in Münderode, Jena, Weimar und Rennsdorf. Hiervon ging nun folgendes Schreiben ein:

Weimar, den 27. Oktober 1906.

An

Auf das gefällige Schreiben vom 3. Oktober teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die Steinbrüche und Steinhauereien in Münderode, Jena und Rennsdorf einer Revision unterzogen worden sind. Die Erfüllung der Bundesratsbestimmungen vom 20. März 1902 ist den Besitzern aufgegeben worden.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie auch fernerhin die Gewerbeinspektion von Mißständen in Kenntnis setzen.

(Unterschrift.)

Eine später erfolgte Kontrollierung seitens der Kollegen vor Jena ergab, daß es den Unternehmern gleichgültig ist, wenn seitens der Behörden eine Revision vorgenommen und die Befestigung der vorgefundenen Mißstände aufgegeben wird, denn bis auf den heutigen Tag ist von einer Durchführung der Bundesratsverordnung nichts zu merken. Aus allen diesen Vorkommnissen ist zu ersehen, daß selbst die behördlichen Maßnahmen und Kontrollen keineswegs dazu angetan sind, daß die bestehenden Gesetzesbestimmungen von den Unternehmern strikte durchgeführt werden, und bleibt es einzig und allein den Arbeitern überlassen, für die energische Durchführung der Arbeiterschutzes einzutreten. Eine wirkliche Besserung auf diesem Gebiete wird erst dann eintreten, wenn die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft — Anstellung von Arbeiterkontrolluren — Berücksichtigung findet, die für eine energische Durchführung der Arbeiterschutzes zu sorgen haben und auch sorgen werden.

R. H. Wagner.

Rundschau.

so. Opfer der Schwindsucht bei Arm und Reich. Daß die Schwindsucht sich ihre Opfer vornehmlich aus den unermittelten Volksschichten holt, was ihr den Namen „Proletarierkrankheit“ eingetragen hat, ist bekannt. Die Wohnweise der ärmeren Bevölkerung in engen, licht- und luftarmen, meist überfüllten Räumen, die mangelhafte Ernährung, das Arbeiten unter

schädlichen äußeren Bedingungen, in Staub und Rässe, Hitze und Kälte, die Unmöglichkeit der Schonung und Pflege bereits Erkrankter, daneben allerdings auch mangelnde hygienische Kenntnisse bereiten der furchtbaren Krankheit den Boden vor, verhindern ihre Heilung und vergrößern die Gefahr einer Uebertragung auf noch gesunde Familienmitglieder. Ein deutliches Bild von der Zunahme der Tuberkulose mit der Armut geben die folgenden Zahlen. Es kamen in Hamburg im Durchschnitt der Jahre 1896—1900 auf 10000 Lebende Todesfälle an Tuberkulose:

in Familien mit	900 bis	1 200 M.	Einkommen	85,7
" " "	1 200 "	2 000 "	" "	55,9
" " "	2 000 "	3 500 "	" "	36,8
" " "	3 500 "	5 000 "	" "	22,8
" " "	5 000 "	10 000 "	" "	18,8
" " "	10 000 "	25 000 "	" "	17,2
" " "	25 000 "	50 000 "	" "	22,1

Wir finden also bei den ärmeren Familien eine dreimal so große Sterblichkeit an Tuberkulose als bei den reichen. Und dabei sind die allerärmsten Bevölkerungskreise, die mit einem Einkommen unter 900 M., unter denen die Tuberkulose zweifellos noch viel furchtbarer wüthet, hier noch nicht einmal berücksichtigt. In ganz ähnlichen Ergebnissen ist der Statistiker Verhulst gelangt, der die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht nach Bezirken berechnete. Diese betrug auf 10000 Lebende:

Bezirke	Berlin	Wien	Paris
sehr arm	27,9	64,9	61,2
arm	30,5	55,8	52,2
wohlhabend	31,8	42,2	41,5
reich	21,4	32,1	26,6
sehr reich	15,8	14,8	15,8

Das Bild wird noch verfälscht durch die Tatsache, daß in armen Bezirken auch reiche und in reichen auch arme Leute wohnen. — Eine Hauptbedingung für die Wiederherstellung Tuberkuloseerkrankter ist eine gesunde, kräftige Ernährung, vor allem Fleischnahrung. Diejenigen Presse und Politiker, die einer künstlichen Verteuerung dieses Nahrungsmittels zugunsten einer kleinen Clique Großgrundbesitzer das Wort reden, erschweren den Kampf gegen diese schreckliche Geißel des Volkes und besonders der Armen.

Die Jagd auf Bettler, so betitelt die Düsseldorfcr Volkszeitung die folgende Notiz: Unsere so glorreiche Sozialpolitik von „Kopf“ und „Herz“ hat einen neuen Beweis ihrer Vorzüglichkeit geliefert. Kann sie auch den Armen nicht helfen, kann sie sie doch einsperren, und so diejenigen belohnen, die die Armut den Blicken der fatteren Moral entziehen. Wer viele Bettler aufgreift, ist ein pflichtgetreuer Beamter. Die Stadt Düsseldorf gibt ihm eine Prämie, und die Prämie steigt, je mehr er von den Kernsten der Armen hinter Schloß und Riegel bringt. Beamte, die sich schließlich noch etwas Menschlichkeitsgefühl bewahrt haben, sind nicht diensttüchtig. Und an der Gehaltsaufbesserung bekommen sie es zu spüren; den letzten Rest von Menschlichkeit belohnt die Sozialpolitik von Kopf und Herz mit Stockprügeln auf den Magen. Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist so. Dieser Tage ist folgende Weisung an die unteren Polizeibeamten ergangen:

Die Bettler-Patrouillen haben durchweg ein ganz geringes Ergebnis gehabt und es wird bei dem terminmäßigen Bewilligen der Gehaltszulagen zu prüfen sein, ob bei dem betreffenden Beamten eine Gehaltszulage durch die Diensttätigkeit anerkannt wird. (§ 4 der Bestimmungen über die Besoldung der Beamten.)

Es muß jedem Beamten eine Kleinigkeit sein, monatlich doch mindestens fünf Bettler einzuliefern.

Wohl kaum ist jemals eine jeder Vernunft und jedem Menschlichkeitsgefühl hohnsprechendere Verfügung zu Papier gebracht worden. Die Gehaltsaufbesserung des Beamten wird abhängig gemacht von der Zahl der Bettler, die er aufgreift; mindestens 5 pro Monat und Beamter werden verlangt — eine „Kleinigkeit“. Man glaubt fast, eine Verfügung Trothas aus dem Hottentotten-Feldzug vor sich zu haben. Düsseldorf hat rund 280 Polizeibeamte, also pro Monat 1400 Bettler, 16 800 im Jahr — eine „Kleinigkeit“.

ssc. Zur Statistik der revolutionären Bewegung in Rußland. Nach offiziellen Quellen bringt der Tomarsch eine interessante Zusammenstellung über die politische Bewegung der Jahre 1884—1891 und 1901—1904. Während in der ersten Periode die Zahl der politischen Verbrechen angeklagten Personen 4307 betrug, d. h. pro Jahr 615 Personen, belaufen sich die entsprechenden Zahlen der 2. Periode auf 7796, bezw. 2599. Die Beteiligung der Frauen stellt sich im ersten Falle auf 16 Proz., für die zweite Periode sinkt sie auf 12 Proz.

Die Verteilung der politischen Verbrechen nach Konfessionen hat sich folgendermaßen verhalten:

	1884—1891	1901—1904
Griechisch-katholisch	61 Prozent	51 Prozent
Römisch-katholisch	19 "	14 "
Jüdisch	13 1/2 "	29 "

Das starke Answellen des Prozentsatzes der Juden ist auf die mächtige Entfaltung der jüdischen Arbeiterbewegung zurückzuführen.

Am interessantesten und besonders bedeutungsvoll ist die Verteilung der politischen „Verbrecher“ nach Stand und Bildung:

	1884—1891	1901—1904
Abelige und Beamtenkinder	30 1/2 Proz.	10 1/2 Proz.
Geistlichen Standes	6 1/2 "	1 1/2 "
Kaufleute und Ehrenbürger	12 "	4 "
Kleinbürger und Arbeiter	27 1/2 "	44 "
Bauern und Kofaken	19 "	37 "

In Bezug auf Bildung bietet sich ein ähnliches Bild:

	1884—1891	1901—1904
Hochschulbildung	31 Prozent	11 1/2 Prozent
Mittelschulbildung	80 "	14 "
Volksschulbildung	32 "	60 "
Alphabeten	7 "	14 1/2 "

Diese beiden Zusammenstellungen bezeugen übereinstimmend, daß in der russischen revolutionären Bewegung im Laufe der Jahre sich ein Prozeß tiefer Demokratisierung vollzogen hat. Und tatsächlich war sie in den 70er und 80er Jahren eine Bewegung der Intelligenz, während sie jetzt eine Volksbewegung im echten Sinne des Wortes ist.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!